



Staatstheater Braunschweig
Schauspiel

werk
gruppe ||

»XXX«

Fliehen & Forschen

Fliehen & Forschen

ein dokumentarisches Projekt über Migrationserfahrungen
von **werkgruppe2** | Uraufführung
gefördert im Fonds Doppelpass der Kulturstiftung des Bundes

Inszenierung **Julia Roesler**
Recherche & Stückfassung **Silke Merzhäuser, Julia Roesler**
Musikalische Leitung **Insa Rudolph**
Bühne **Thomas Rump**
Kostüme **Julia Schiller**
Dramaturgie **Silke Merzhäuser, Christine Besier**

Samir, Flüchtling aus dem Sudan **Sven Hönig**
Kadir Hemidi, Professor für Maschinenbau aus Syrien **Mattias Schamberger**
Rana Al-Sayed, seine Frau, ebenfalls aus Syrien **Imme Beccard**
Selima, Doktorandin aus Pakistan **Imme Beccard**
Karim, Student aus Palästina **Christophe Vetter**
Elisa, Flüchtling aus Syrien **Ursula Hobmair**
Leyla, Kind afghanischer Flüchtlinge **Tilla Kratochwil**
Hamid, Flüchtling aus Afghanistan **Tilla Kratochwil**
Halil, Flüchtling aus Palästina Feridun **Öztoprak**

Antonis Anissegos – Klavier
Kim Efert – Gitarre
Philip Zoubek – Klavier

Regieassistent **Maximilian Hanisch**
Ausstattungsassistent **Sarah Methner**
Inspizienz **Heiko Angerstein**
Soufflage **Katja Gliese**
Hospitant **Michelle Cirulli, Klara Räthel** (Regie)

Premiere am 27. März 2015 um 19.30 Uhr im Kleinen Haus
Aufführungsdauer ca. 2 Stunden, keine Pause

Ausstattungsleitung / Technische Direktion **Ralf Wrobel**
Technischer Inspektor **Alexander Wladarsch**
Leitung Beleuchtungsabteilung **Frank Kaster**
Licht **Matthias Lebe**
Leitung Tontechnik **Burkhard Brunner**
Toneinrichtung **Katharina Heine, Rainer Leue**
Leitung Requisite **Sascha M. Kaminski**
Requisite **Renate Lange, Daniela Klosa, Kristen Sonnenberg**
Leitung Kostümabteilung **Ernst Herlitzius**
Leitung Maskenabteilung **Nicolas Guth**
Maske **Bernadette Bertkau, Angelika Kühnel**
Leitung Ausstattungswerkstätten **Petra Röder**
Produktionsingenieur **Stephan Busemann**
Leitung Schlosserei **Armin Zühlke**
Leitung Malsaal **Sonja Bähr**
Leitung Tischlerei **Peter Kranzmann**
Leitung Deko- & Möbelabteilung **Axel Schneider**

Wir bedanken uns bei allen Interviewpartnern! Für die Vermittlung von Gesprächspartnern und für Recherchehinweise danken wir Oliver Scheichl (refugium e.V.), Doris Bonkowski (Büro für Migrationsfragen), Dr. Karen Oltersdorf und Carina Teufel (Haus der Wissenschaft), Janika Millan, Minka Kudrass und Prof. Poehling.

**werk
gruppe2**

SBK Stiftung
Südschweizerischer
Kulturbesitz

Gefördert im Fonds »Doppelpass«
der Kulturstiftung des Bundes

**KULTURSTIFTUNG
DES
BUNDES**

Fotografieren, Film-, Video- und Tonaufnahmen sowie die Benutzung drahtloser Kommunikationsmittel während der Aufführung sind nicht gestattet. Bitte schalten Sie Ihre Mobiltelefone für die Dauer der Aufführung aus.

Zum Stück

»Wenn das Ziel erreicht ist, heißt es, sei man angekommen. Ankommen ist auch die Formulierung dafür, wenn man einen Ort erreicht hat. Die meisten Flüchtlinge, die fliehen, streben aber kein spezifisches Dorf und keine bestimmte Stadt an. Es geht ihnen darum, ihren Konfliktpunkt zu verlassen. Weil Krieg herrscht, weil sie verfolgt werden, weil sie dort, wo sie leben, nicht mehr leben können. Erstmal weg von hier. Raus aus der Stadt. Raus aus dem Land. ... Der Immigrant kennt sein Ziel, er wandert in etwas ein. Der Flüchtling aber flieht immer weg.« (Mely Kiyak)

Braunschweig als bedeutender, internationaler Forschungsstandort ist stolz darauf, hochqualifizierte Wissenschaftler aus aller Welt zu beschäftigen. Gleichzeitig leben hier mehr als 1000 Asylsuchende mit ungewisser Zukunft, da Braunschweig den größten Standort der niedersächsischen Landesaufnahmebehörde beherbergt. Am Beispiel Braunschweig spiegelt sich die Widersprüchlichkeit deutscher Einwanderungspolitik.

Von Oktober 2014 bis Januar 2015 haben die Regisseurin Julia Roesler und die Dramaturgin Silke Merzhäuser von werkgruppe2 Gespräche mit Flüchtlingen und Wissenschaftlern geführt, die aus denselben Krisenländern kommen und jetzt in Braunschweig oder in der näheren Umgebung leben. Sie haben nach den Gründen gefragt, warum sie ihre Heimat verlassen haben, auf welchen Wegen sie nach Braunschweig gekommen sind, welche Erwartungen sie hatten, ob sie sich eingelöst haben und wie ihre Perspektiven aussehen.

So unterschiedlich, subjektiv und widersprüchlich die Antworten auch sind, die sie auf ihre Fragen bekommen haben – eine Erfahrung scheint allen gemeinsam zu sein: Die Grenzen zwischen Ländern zu überqueren – ob auf legalem Weg oder unter unvorstellbaren Umständen – bedeutet noch nicht, angekommen zu sein. Dafür muss eine ganz andere Grenze überwunden werden: die Distanz zwischen ihnen und uns, den Bewohnern des Landes, in dem sie gestrandet sind. Auch wir – die Gastgeber – müssen uns fragen: Welche Vorstellungen und Vorurteile prägen unseren Umgang mit Migranten? Welche Erwartungen haben wir an sie?

Im Zentrum des Theaterprojekts stehen acht Figuren, die aus Syrien, Afghanistan, Palästina, Pakistan und dem Sudan nach Deutschland gekommen sind, um hier ein neues Leben zu beginnen. Die Ursachen für ihr Kommen sind vielfältig: es ist der Wunsch nach einem exzellenten Studium oder der Promotion an einer deutschen Universität, die Flucht vor der Rekrutierung durch die syrische Armee, es ist der Weg aus der Zwangsheirat, die Flucht aus einem vom Krieg zerstörten Land oder schlicht der Wunsch nach einem freien, menschenwürdigen Leben. Ihr Ankommen in Deutschland hat sich für alle schwieriger gestaltet als erwartet, doch machen diese Erfahrungen sie zu Experten für unsere bundesdeutsche Flüchtlingspolitik. Denn sie können uns, berichten, wo sich alltägliche Rassismen verstecken, oder was das permanente Verweisen auf die muslimische Religionszugehörigkeit bedeutet. Sie zeigen uns auf, wo unsere Klischees und Stereotypen von *dem* Flüchtling ihre selbstbestimmten und individuellen Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Das Theaterprojekt lädt zu einem Perspektivwechsel ein: Im Zentrum steht nicht die Frage, wann wir mit der Aufnahme von Flüchtlingen an die Grenzen unserer Kapazitäten stoßen, sondern, was die »Festung Europa« für diejenigen bedeutet, die draußen bleiben.

Aus den Interview-Aufzeichnungen sind durch akribische Transkription 400 Manuskriptseiten entstanden, aus denen Julia Roesler und Silke Merzhäuser einen 60seitigen Text destilliert haben, der als Ausgangsmaterial für die Probenarbeit diente. Gemeinsam mit den Schauspielerinnen, Schauspielern und Musikern ist in einem siebenwöchigen Probenprozess das dokumentarisch-musikalische Theaterprojekt »Fliehen & Forschen« entstanden.

Die werkgruppe2 ist ein freies Theaterkollektiv aus Niedersachsen, das im Kern aus der Regisseurin Julia Roesler, der Komponistin Insa Rudolph und der Dramaturgin Silke Merzhäuser besteht. Seit 2007 entwickelt das Team auf der Basis von Interviews dokumentarische Theaterprojekte zu brisanten gesellschaftlichen Themen.

Dokumentarisches Theater kann unmittelbar auf gesellschaftspolitische Ereignisse und Entwicklungen reagieren. Um sich mit dem Themenschwerpunkt Migration/Arbeitsmigration ausführlich auseinanderzusetzen, arbeiten das Staatstheater Braunschweig und die werkgruppe2 seit 2013 kontinuierlich zusammen.

Unter der Überschrift »Fliehkräfte« sind bisher die beiden Dokumentarstücke »Polnische Perlen« und »Erdbeerwaisen« entstanden, in denen es um die Situation osteuropäischer Pflegekräfte und deren zurückgelassener Kinder und Familien ging. »Erdbeerwaisen« wurde im Rahmen des Projektes »The Art of Ageing« unter dem Dach der European Theatre Convention (ETC) mit Mitteln der Europäischen Union gefördert. Sowohl »Polnische Perlen« als auch »Fliehen & Forschen« wurden gefördert vom Fonds »Doppelpass« der Kulturstiftung des Bundes und von der »Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz«.

Besser als sich abzuschotten

Ein Gespräch über Flüchtlingspolitik und Fluchtursachen mit Sigmar Walbrecht

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen ist ein landesweiter Zusammenschluss von niedersächsischen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die für den Schutz und eine menschenwürdige Lebensperspektive von Flüchtlingen und Migrant/innen mit prekärem Aufenthaltsrecht eintreten. Das Gespräch mit Sigmar Walbrecht, Mitarbeiter des Flüchtlingsrates Niedersachsen, führte Silke Merzhäuser.

Die derzeit steigenden Zahlen von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, rufen verschiedene Reaktionen in Politik und Gesellschaft hervor. Wie kannst Du die Situation aus der Perspektive Eurer konkreten Arbeit beschreiben? Wie hat sich die Flüchtlingspolitik in Niedersachsen verändert?

Wir im Flüchtlingsrat spüren eindeutig den sogenannten Paradigmenwechsel hin zu einer »Willkommenskultur«, den auch die niedersächsische Landesregierung angekündigt hat. Die Umsetzung der Bundesgesetze wird letztlich durch die Erlasse des Innenministeriums interpretiert und dort merken wir eine Veränderung.

Neben dem grundlegenden Fakt, dass heute eindeutig mehr Flüchtlinge anerkannt werden als noch unter der Regierung von Innenminister Schönemann, machen sich die Auswirkungen an vielen kleinen Punkten bemerkbar. Beispielsweise existiert ein Erlass, der regelt, wie Abschiebungen oder Abschiebehaft möglichst vermieden werden – das bedeutet zwar nicht, dass keine Abschiebungen stattfinden, aber wenn, dann im Winter erst nach 6 Uhr morgens oder im Sommer nach 4 Uhr. Mit solchen Maßnahmen ist man um eine gewisse Humanisierung bemüht. Heute wird den Kommunen auch freigestellt, den Flüchtlingen Geld statt Gutscheine auszustellen, was weniger einschränkend ist, da man beispielsweise mit Gutscheinen keinen Anwalt zahlen kann. Auch dies war eine Forderung, für die wir uns jahrelang eingesetzt hatten.

Wie die Ansage der »Willkommenskultur« in den Kommunen etabliert und von den Behörden umgesetzt werden kann, ist eine offene Frage. Aber zumindest ist diese Ansage ein ganz anderes Signal als vor wenigen Jahren. Es ist ein Versuch, gesellschaftliche Stimmung zu ändern, wenn auch immer vor dem Hintergrund des Arbeitskräftemangels. Der existiert, und der Prognosen nach wird dieser Zustand in den nächsten Jahrzehnten zunehmen – einhergehend mit einer überalterten Gesellschaft, ohne ausreichend Rentenzahler oder Pflegekräfte. Das spielt sicher auch eine Rolle bei der positiven Besetzung von Zuwanderung, aber ich würde gerne unterstellen, dass sich dahinter auch ein humanitärer Ansatz verbirgt.

Auch der Einfluss des Flüchtlingsrates hat sich seit 2013 geändert, wir haben einen anderen Kontakt zum niedersächsischen Innen- oder Sozialministerium und werden um Stellungnahmen gebeten, nicht mehr konfrontativ, sondern sehr lösungsorientiert.

Seit Beginn des Jahres ist für Flüchtlinge die Residenzpflicht weggefallen und auch die Möglichkeiten Arbeitsstellen anzunehmen sind vereinfacht worden. Sind damit die wesentlichen Forderungen des Flüchtlingsrates nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge umgesetzt worden?

Die Änderung bei der Residenzpflicht betrifft zwei Bundesgesetze: das Asylverfahrensgesetz und das Aufenthaltsgesetz, die vorsehen, dass keine Reisebeschränkungen nach drei Monaten Aufenthalt bestehen. In der Vergangenheit war es so, dass man das Bundesland nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde verlassen durfte oder sogar auf den Bezirk der Ausländerbehörde eingeschränkt war, so z.B. Stadt und Region Hannover nicht verlassen werden durfte. Heute darf man sich nach drei Monaten frei in ganz Deutschland bewegen, der Wohnort wird allerdings noch zugewiesen. Diese – wenn auch eingeschränkte – Residenzpflicht und Wohnsitzauflage ist immer noch zu kritisieren. Und es gibt andere rechtliche Beschränkungen, die weiter bestehen. Das Asylbewerber-Leistungsgesetz muss weg, weil es Flüchtlinge sozialrechtlich schlechter stellt. Seit dem 1. März 2015 gilt zwar ein novelliertes Gesetz – eine Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Einige Aufenthaltstitel fallen nicht mehr unter das Gesetz, so dass diese Leute nun Leistungen vom Jobcenter bekommen. Doch alle, die noch im Asylverfahren sind und daher eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung haben, fallen noch immer unter das Asylbewerberleistungsgesetz.

In den Interviews für das Projekt FLIEHEN & FORSCHEN wurde uns wiederholt beschrieben, dass die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung derzeit überraschend hoch ist. Als größte Hürde wird die deutsche Bürokratie beschrieben, die beispielsweise verhindert, dass Schulabschlüsse und Ausbildungen zeitnah anerkannt werden. Wie schätzt Du diese Hürde ein?

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hätten sicher vorhersehen können, dass ein stärkerer Zustrom von Flüchtlingen kommen wird, und die Ämter hätten sich besser darauf einstellen können. Wir sehen auch, dass es schwierig ist mit der hohen Zahl von Flüchtlingen zurechtzukommen. Die Unterbringungskonzepte in einigen niedersächsischen Städten sind fortschrittlich und haben den hohen Anspruch, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen mit der Perspektive, in eigenen Wohnungen zu leben. Aber man ist nicht in der Lage das umzusetzen. Unter der Wohnungsnot leiden auch andere Bevölkerungsgruppen, gerade in Universitätsstädten. Man findet keine Wohnungen, in denen auch Flüchtlinge untergebracht werden können. Das ist ein Problem der Wohnungspolitik. Auf dem Lande oder in Städten wie beispielsweise Salzgitter, gibt es genügend leer stehende Wohnungen. Dort könnte man umsetzen, dass die Leute nach 3 Monaten in Wohnungen kommen. Es gibt bestimmt noch Möglichkeiten, durch eine gute Koordination gute Lebensbedingungen zu ermöglichen. Hier benötigen die Flüchtlinge jedoch eine gewisse Infrastruktur, um Wege zum Sprachkurs oder zur Arbeitsagentur bewältigen zu können. Klar stoßen die Kommunen an Grenzen, aber kann die Alternative sein, die Flüchtlinge nicht mehr ins Land zu lassen?

Unter den Erstantragsstellern haben wir an erster Stelle Menschen aus Syrien, danach aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, aus Somalia, Eritrea, Afghanistan und dem Irak. Das sind die Hauptherkunftsländer. Und da wird doch keiner behaupten, dass diese Menschen nicht Grund hätten zu fliehen, oder? Möglicherweise ziehen sie es

vor, in Sammelunterkünften untergebracht zu werden, als sich dem Bürgerkrieg auszusetzen oder zu verhungern.

Derzeit diskutieren Politik und Öffentlichkeit die Neuregelung der Zuwanderung durch die Splitting in ein neugeregeltes Asylrecht und eine geregelte Arbeitsmigration. Wie könnte diese differenzierte Zuwanderung aussehen?

Wo will man die Grenze ziehen zwischen denen, die berechnete Verfolgungsgründe vorbringen und denen, die vermeintlich nicht Verfolgung geltend machen können; denen vorgeworfen wird, dass sie aus wirtschaftlichen Gründen kommen? Natürlich ist es im Interesse der Politik, Arbeitsmigration zu ermöglichen; für diese Menschen wurde das Aufenthaltsgesetz bereits geändert. Doch die Zuwanderung von Hochqualifizierte gelingt nicht, weil die Bedingungen hier nicht so attraktiv sind wie in anderen europäischen Ländern oder den USA. Wir brauchen in Zukunft eine jährliche Zuwanderung von 400.000 Arbeitskräften, um den derzeitigen Arbeitsmarkt zu bedienen. Aber das darf nicht Asylverfahren und Schutzrechte beeinträchtigen oder infrage stellen. Diejenigen, die nicht qualifiziert sind, um als Arbeitsmigranten zu kommen, werden auch weiterhin fliehen und den Weg über das Asylverfahren suchen. Es wird auch weiterhin Menschen geben, die tatsächlich verfolgt sind und alles Recht haben, hierher zu kommen. Noch heißt es, nur Fachkräfte seien gefragt, aber auf lange Sicht werden es auch ungelernete Arbeitnehmer sein, die sich dann hier qualifizieren.

Auch der Flüchtlingsrat unterstützt die Forderung nach sicheren Fluchtwegen nach Europa. Wer trägt die Verantwortung für die unzähligen Todesfälle im Mittelmeer?

Natürlich führt die Abschottung der EU dazu, dass die Fluchtwege immer gefährlicher werden. Aber es gibt auch ohne Frage sogenannte Schlepper, die immer skrupelloser werden. Doch die Flüchtlinge haben keine andere Wahl als deren Dienste in Anspruch zu nehmen. Fluchtwege müssen einfach offengehalten werden, es muss den Menschen doch ermöglicht werden, hierher zu kommen! Es kann doch nicht sein, dass die Reise hierher eine lebensgefährliche »Prüfung« ist, und nur wer sie besteht, wer Mittelmeer oder Wüste überlebt, darf hier einen Asylantrag stellen. Unsere Position ist, dass es auch aktive Flüchtlingsaufnahme geben muss, wie es in Niedersachsen auch schon praktiziert wurde mit syrischen oder irakischen Flüchtlingen.

Im Zentrum der europäischen Flüchtlingspolitik steht das Dublin-III Abkommen, das regelt, dass Flüchtlinge in dem Land ihren Asylantrag stellen müssen, in dem sie nach Europa eingereist sind und das als sicheres Drittland gilt. Doch erscheint diese Regelung immer lückenhafter und führt zu einer ungleichen Verteilung der Aufnahmezahlen. Funktioniert dieses Abkommen überhaupt noch?

Das Dublin-Verfahren funktioniert nicht; es ist schon falsch angelegt. Es ist bekannt, dass die südlichen Länder nicht akribisch versuchen, Flüchtlinge zu registrieren. Solange es keinen Ausgleich zwischen den EU-Ländern gibt, kann es nicht funktionieren. Deutschland hat eine komfortable Mittellage und ist umringt von sicheren Drittstaaten. Deutschland hat maßgeblich daran mitgewirkt, hat durchgesetzt, dass es diese Dublin-Verordnung gibt. Und wenn sie strikt umgesetzt würde, könnte sich

Deutschland schnell vieler Flüchtlinge entledigen. Aber als eines der wirtschafts- stärksten Länder sehe ich Deutschland auch stärker in der Pflicht als Griechenland, Spanien oder Portugal. Italien hat kein staatliches System für die finanzielle und soziale Unterstützung der Flüchtlinge. Die Logik dort ist: Wer eine Anerkennung als Flüchtling bekommt, darf sofort arbeiten und soll sich selbst helfen. Daher werden die Leute auch spätestens nach sechs Monaten aus den Aufnahmelagern entlassen und landen dann auf der Straße, sind obdachlos, haben kaum Italienisch-Kenntnisse und auf dem Arbeitsmarkt keine Chance. Italien beklagt sich über die hohe Zahl der Flüchtlinge, die dort ankommen. Deutschland und Schweden argumentieren, dass sie pro Kopf viel mehr aufnehmen. Italien sagt, sie haben Mare Nostrum, das Seenotrettungsprogramm, hauptsächlich finanziert. Dafür haben die übrigen europäischen Länder kaum Unterstützung gegeben. Die Maßnahme wurde sogar diffamiert, sie würde Flüchtlinge anlocken. Die Frage nach der gerechten Verteilung der Flüchtlinge wird garantiert eine Veränderung des Dublin-III Abkommens bringen.

Wie könnten die Fluchtursachen verringert werden? Oder werden die Flüchtlingszahlen angesichts der unüberschaubaren Anzahl von Krisenherden sowieso zunehmen?

Man kommt bei dem Thema nicht umhin, die gesamten Gesellschaftsverhältnisse in Frage zu stellen. Armut ist ein Migrationsgrund, auch unabhängig von Krieg. Arme Länder sind für Korruption und Kriminalität anfällig, und das bringt immer Gewalttätigkeit mit sich. So wird Flucht aus wirtschaftlichen Gründen schnell zur Flucht wegen konkreter Verfolgung. In Diktaturen oder autoritären Regimes sind es die politischen Bedingungen, die die Leute flüchten lassen. Demokratischere Verhältnisse ermöglichen ja auch einen Ausgleich von Wohlstand und würden den Druck verringern, dass Menschen aus Armut gehen. Man verlässt nie gerne seine Heimat. Und in eine Gesellschaft zu kommen, die man nicht kennt, ist immer schwierig.

Problematisch finde ich die derzeitige Entwicklung, alle Menschen über die Religion zu definieren. Die Religion bekommt gerade ein Gewicht, das unangemessen ist. Das spielt denen in die Hände, die eine gesellschaftliche Trennung über Religionszugehörigkeit fordern. Es ist wichtig, dass in einer säkularisierten Gesellschaft wie der unseren, Religion diesen Stellenwert nicht bekommt. Hier in Deutschland sollen Menschen ihren Glauben leben können.

Danke

Rede von Dr. Navid Kermani zur Feierstunde »65 Jahre Grundgesetz«

Navid Kermani, geb.1967, ist deutscher und iranischer Staatsbürger und lebt als freier Schriftsteller in Köln. Bei der Wahl des deutschen Bundespräsidenten 2010 gehörte Kermani auf Vorschlag der hessischen Grünen der 14. Bundesversammlung an. Am 23. Mai 2014 hielt Navid Kermani die Festrede anlässlich der Feierstunde des Deutschen Bundestags zum 65. Jahrestag des Grundgesetzes.

Sehr geehrte Herren Präsidenten! Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Exzellenzen! Liebe Gäste!

Das Paradox gehört nicht zu den üblichen Ausdrucksmitteln juristischer Texte, die schließlich größtmögliche Klarheit anstreben. Einem Paradox ist notwendig der Rätselcharakter zu eigen, ja, es hat dort seinen Platz, wo Eindeutigkeit zur Lüge geriete. Deshalb ist es eines der gängigsten Mittel der Poesie.

Und doch beginnt ausgerechnet das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit einem Paradox. Denn wäre die Würde des Menschen unantastbar, wie es im ersten Satz heißt, müsste der Staat sie nicht achten und schon gar nicht schützen, wie es der zweite Satz verlangt. Die Würde existierte unabhängig und unberührt von jedweder Gewalt. Mit einem einfachen, auf Anhub kaum merklichen Paradox – die Würde ist unantastbar und bedarf dennoch des Schutzes – kehrt das Grundgesetz die Prämisse der vorherigen deutschen Verfassungen ins Gegenteil um und erklärt den Staat statt zum Telos nunmehr zum Diener der Menschen, und zwar grundsätzlich aller Menschen, der Menschlichkeit im emphatischen Sinn. Sprachlich ist das – man mag es nicht als brillant bezeichnen, weil man damit einen eminent normativen Text ästhetisierte – es ist vollkommen, nichts anderes. Überhaupt wird man die Wirkmächtigkeit, den schier unfassbaren Erfolg des Grundgesetzes nicht erklären können, ohne auch seine literarische Qualität zu würdigen. Jedenfalls in seinen wesentlichen Zügen und Aussagen ist es ein bemerkenswert schöner Text und sollte es sein. Bekanntlich hat Theodor Heuss die ursprüngliche Fassung des ersten Artikels mit dem Argument verhindert, dass sie schlechtes Deutsch sei. »Die Würde des Menschen ist unantastbar« hingegen ist ein herrlicher deutscher Satz, so einfach, so schwierig, auf Anhub einleuchtend und doch von umso größerer Abgründigkeit, je öfter man seinen Folgesatz bedenkt: Sie muss dennoch geschützt werden. Beide Sätze können nicht gleichzeitig wahr sein, aber sie können sich gemeinsam, nur gemeinsam, bewahren und haben sich in Deutschland in einem Grade bewahrt, wie es am 23. Mai 1949 kaum jemand für möglich gehalten hätte. Im deutschen Sprachraum vielleicht nur mit der Luther-Bibel vergleichbar, hat das Grundgesetz Wirklichkeit geschaffen durch die Kraft des Wortes.

»Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit«: Wie abwegig muss den meisten Deutschen, die sich in den Trümmern ihrer Städte und Weltbilder ums nackte Überleben sorgten, wie abwegig muss ihnen die Aussicht erschienen sein, so etwas Luftiges wie die eigene Persönlichkeit zu entfalten. Aber was für ein verlockender Gedanke es zugleich war!

»Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich«: Die Juden, die Sinti und Roma, die Homosexuellen, die Behinderten, überhaupt alle Randseiter, Andersgesinnten und Fremden, sie waren ja vor dem Gesetz gerade nicht gleich – also mussten sie es werden.

»Männer und Frauen sind gleichberechtigt«: Der Wochen und Monate währende Widerstand just gegen diesen Artikel zeigt am deutlichsten, dass Männer und Frauen 1949 noch keineswegs als gleichberechtigt galten; seine Wahrheit wurde dem Satz erst in der Anwendung zuteil.

»Die Todesstrafe ist abgeschafft«: Das war gerade nicht der Mehrheitswunsch der Deutschen, die in einer Umfrage zu drei Vierteln für die Beibehaltung der Todesstrafe plädierten, und wird heute weithin bejaht.

»Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet«: Der Satz war den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates angesichts der Flüchtlingsnot und des Wohnungsmangels fast peinlich und gilt 65 Jahre später nicht nur im wiedervereinigten Deutschland, sondern in halb Europa. Der Bund kann »in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa« herbeiführen. Das dachte 1949 ein vereinigtes Europa, ja: die Vereinigten Staaten von Europa voraus.

Und so weiter: das Diskriminierungsverbot, die Religionsfreiheit, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit – das waren, als das Grundgesetz vor 65 Jahren verkündet wurde, eher Bekenntnisse, als dass sie die Wirklichkeit in Deutschland beschrieben hätten. Und es sah zunächst keineswegs danach aus, als würde der Appell, der in diesen so schlichten wie eindringlichen Glaubenssätzen lag, von den Deutschen gehört.

Das Interesse der Öffentlichkeit am Grundgesetz war aus heutiger Sicht beschämend gering, die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung marginal. Befragt, wann es Deutschland am besten gegangen sei, entschieden sich noch 1951 in einer repräsentativen Umfrage 45 Prozent der Deutschen für das Kaiserreich, 7 Prozent für die Weimarer Republik, 42 Prozent für die Zeit des Nationalsozialismus und nur 2 Prozent für die Bundesrepublik. 2 Prozent! Wie froh müssen wir sein, dass am Anfang der Bundesrepublik Politiker standen, die ihr Handeln nicht nach Umfragen, sondern nach ihren Überzeugungen ausrichteten.

Beifall

Und heute? Ich habe keinen Zweifel, dass die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, sollten sie unsere Feststunde von der himmlischen Ehrentribüne aus verfolgen, zufrieden und sehr erstaunt wären, welche Wurzeln die Freiheit innerhalb der letzten 65 Jahre in Deutschland geschlagen hat. Und wahrscheinlich würden sie auch die Pointe bemerken und zustimmend nicken, dass heute ein Kind von Einwanderern an die Verkündung des Grundgesetzes erinnert, das noch dazu einer anderen als der Mehrheitsreligion angehört. Es gibt nicht viele Staaten auf der Welt, in denen das möglich wäre. Selbst in Deutschland wäre es vor noch gar nicht langer Zeit, sagen wir am 50. Jahrestag des Grundgesetzes, schwer vorstellbar gewesen, dass ein Deutscher die Festrede im Bundestag hält, der nicht nur deutsch ist.

In dem anderen Staat, dessen Pass ich besitze, ist es trotz aller Proteste und aller Opfer für die Freiheit undenkbar geblieben. Aber, das möchte ich von diesem Pult aus ebenfalls sagen, sehr geehrte Herren Präsidenten, Frau Bundeskanzlerin, meine Damen und

Herren Abgeordnete, liebe Gäste und nicht zuletzt Seine Exzellenz, der Botschafter der Islamischen Republik, der heute ebenfalls auf der Tribüne, obschon nicht der himmlischen, sitzt: Es wird keine 65 Jahre und nicht einmal 15 Jahre dauern, bis auch im Iran ein Christ, ein Jude, ein Zoroastrier oder ein Bahai wie selbstverständlich die Festrede in einem frei gewählten Parlament hält.

Beifall

»Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen«, sagte vor kurzem der Bundespräsident. Ich kann dem nicht widersprechen. Welchen Abschnitt der deutschen Geschichte ich mir auch vor Augen halte, in keinem ging es freier, friedlicher und toleranter zu als in unserer Zeit. Trotzdem flösse der Satz des Bundespräsidenten mir selbst nicht so glatt über die Lippen. Warum ist das so? Man könnte das Unbehagen, den Stolz auf das eigene Land auszusprechen, als typisch deutschen Selbsthass abtun und hätte doch genau den Grund übersehen, warum die Bundesrepublik lebens- und sogar liebenswert geworden ist.

Denn wann und wodurch hat Deutschland, das für seinen Militarismus schon im 19. Jahrhundert beargwöhnte und mit der Ermordung von 6 Millionen Juden vollständig entehrt scheinende Deutschland, wann und wodurch hat es seine Würde wiedergefunden? Wenn ich einen einzelnen Tag, ein einzelnes Ereignis, eine einzige Geste benennen wollte, für die in der deutschen Nachkriegsgeschichte das Wort »Würde« angezeigt scheint, dann war es und ich bin sicher, dass eine Mehrheit im Bundestag, eine Mehrheit der Deutschen und erst recht eine Mehrheit dort auf der himmlischen Tribüne mir jetzt zustimmen wird – dann war es der Kniefall von Warschau.

Beifall

Das ist noch merkwürdiger als das Paradox, mit dem das Grundgesetz beginnt, und wohl beispiellos in der Geschichte der Völker: Dieser Staat hat Würde durch einen Akt der Demut erlangt. Wird nicht das Heroische gewöhnlich mit Stärke assoziiert, mit Männlichkeit und also auch physischer Kraft und am allermeisten mit Stolz? Hier jedoch hatte einer Größe gezeigt, indem er seinen Stolz unterdrückte und Schuld auf sich nahm, noch dazu Schuld, für die er persönlich, als Gegner Hitlers und Exilant, am wenigsten verantwortlich war: Hier hatte einer seine Ehre bewiesen, indem er sich öffentlich schämte. Hier hatte einer seinen Patriotismus so verstanden, dass er vor den Opfern Deutschlands auf die Knie ging.

Ich neige vor Bildschirmen nicht zu Sentimentalität, und doch ging es mir wie so vielen, als zu seinem 100. Geburtstag die Aufnahmen eines deutschen Kanzlers wiederholt wurden, der vor dem Ehrenmal im ehemaligen Warschauer Ghetto zurücktritt, einen Augenblick zögert und dann völlig überraschend auf die Knie fällt – ich kann das bis heute nicht sehen, ohne dass mir Tränen in die Augen schießen. Und das Seltsame ist: Es sind neben allem anderen, neben der Rührung, der Erinnerung an die Verbrechen, dem jedes Mal neuen Staunen, auch Tränen des Stolzes, des sehr leisen und doch bestimmten Stolzes auf eine solche Bundesrepublik Deutschland.

Beifall

Sie ist das Deutschland, das ich liebe, nicht das großsprecherische, nicht das kraftmeiernde, nicht das Stolz-ein-Deutscher-zu-sein-und-Europa-spricht-endlich-deutsch-

Deutschland, vielmehr eine Nation, die über ihre Geschichte verzweifelt, die bis hin zur Selbstanklage mit sich ringt und hadert, zugleich am eigenen Versagen gereift ist, die nie mehr den Prunk benötigt, ihre Verfassung bescheiden »Grundgesetz« nennt und dem Fremden lieber eine Spur zu freundlich, zu arglos begegnet, als jemals wieder der Fremdenfeindlichkeit, der Überheblichkeit zu verfallen.

Es wird oft gesagt – und ich habe Redner das auch von diesem Pult aus sagen hören –, dass die Deutschen endlich wieder ein normales, ein unverkrampftes Verhältnis zu ihrer Nation haben sollten, jetzt, da der Nationalsozialismus doch nun lange genug bewältigt sei. Ich frage mich dann immer, was die Redner meinen: Es gab dieses normale und unverkrampfte Verhältnis nie, auch nicht vor dem Nationalsozialismus. Es gab einen übersteigerten, aggressiven Nationalismus, und es gab als gegenläufige Bewegung eine deutsche Selbstkritik, ein Plädoyer für Europa, eine Wendung ins Weltbürgertum und übrigens auch zur Weltliteratur, die in ihrer Entschlossenheit jedenfalls im 19. Jahrhundert einzigartig war. »Ein guter Deutscher kann kein Nationalist sein.«

Das sagte Willy Brandt in seiner Nobelpreisrede voller Selbstbewusstsein. Und weiter: »Ein guter Deutscher weiß, daß er sich einer europäischen Bestimmung nicht versagen kann. Durch Europa kehrt Deutschland heim zu sich selbst und den aufbauenden Kräften seiner Geschichte.«

Beifall

Seit dem 18. Jahrhundert, spätestens seit Lessing, der den Patriotismus verachtete und als erster Deutscher das Wort »Kosmopolit« verwendete, stand die deutsche Kultur häufig in einem antipodischen Verhältnis zur Nation. Goethe und Schiller, Kant und Schopenhauer, Hölderlin und Büchner, Heine und Nietzsche, Hesse und die Brüder Mann – sie alle haben mit Deutschland gehadert, haben sich als Weltbürger gesehen und an die europäische Einigung geglaubt, lange bevor die Politik das Projekt entdeckte.

Es ist diese kosmopolitische Linie deutschen Geistes, die Willy Brandt fortführte – nicht nur mit seinem Kampf gegen den deutschen Nationalismus und für ein vereintes Europa, ebenso in seinem frühen Plädoyer für eine »Weltinnenpolitik«, in seinem Engagement für die Nord-Süd-Kommission und während seines Vorsizes der Sozialistischen Internationale. Und es wirft dann vielleicht doch kein so günstiges Licht auf das heutige Deutschland, wenn bei den Fernsehduellen vor der Bundestagswahl nach der Außenpolitik so gut wie nicht mehr gefragt wird oder ein Verfassungsorgan die Bedeutung der anstehenden Europawahl bagatellisiert,

Beifall

wenn die Entwicklungshilfe eines wirtschaftlich so starken Landes noch unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten liegt – oder Deutschland von 9 Millionen Syrern, die im Bürgerkrieg ihre Heimat verloren haben, gerade mal 10 000 aufnimmt.

Beifall

Schließlich bedeutet das Engagement in der Welt, für das Willy Brandt beispielhaft steht, im Umkehrschluss auch mehr Offenheit für die Welt. Wir können das Grundgesetz nicht feiern, ohne an die Verstümmelungen zu erinnern, die ihm hier und dort zugefügt worden sind. Auch im Vergleich mit den Verfassungen anderer Länder wurde der Wortlaut ungewöhnlich häufig verändert, und es gibt nur wenige Eingriffe, die dem Text gutgetan haben.

Was der Parlamentarische Rat bewusst im Allgemeinen und Übergeordneten beließ, haben der Bundestag und der Bundesrat bisweilen mit detaillierten Regelungen befrachtet. Nicht nur sprachlich am schwersten wiegt die Entstellung des Artikels 16.

Beifall

Ausgerechnet das Grundgesetz, in dem Deutschland seine Offenheit auf ewig festgeschrieben zu haben schien, sperrt heute diejenigen aus, die auf unsere Offenheit am dringlichsten angewiesen sind: die politisch Verfolgten. Ein wundervoll bündiger Satz »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« geriet 1993 zu einer monströsen Verordnung aus 275 Wörtern, die wüst aufeinandergestapelt und fest ineinander verschachtelt wurden, nur um eines zu verbergen: dass Deutschland das Asyl als Grundrecht praktisch abgeschafft hat.

Beifall

Muss man tatsächlich daran erinnern, dass auch Willy Brandt, bei dessen Nennung viele von Ihnen quer durch die Reihen beifällig genickt haben, ein Flüchtling war, ein Asylant? Auch heute gibt es Menschen, viele Menschen, die auf die Offenheit anderer, demokratischer Länder existentiell angewiesen sind. Und Edward Snowden, dem wir für die Wahrung unserer Grundrechte viel verdanken, ist einer von ihnen.

Beifall

Andere ertrinken im Mittelmeer jährlich mehrere Tausend, also mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch während unserer Feststunde. Deutschland muss nicht alle Mühseligen und Beladenen der Welt aufnehmen; aber es hat genügend Ressourcen, politisch Verfolgte zu schützen, statt die Verantwortung auf die sogenannten Drittstaaten abzuwälzen.

Beifall

Und es sollte aus wohlverstandener Eigeninteresse anderen Menschen eine faire Chance geben, sich um die Einwanderung legal zu bewerben, damit sie nicht auf das Asylrecht zurückgreifen müssen.

Beifall

Denn von einem einheitlichen europäischen Flüchtlingsrecht, mit dem 1993 die Reform begründet wurde, kann auch zwei Jahrzehnte später keine Rede sein, und schon sprachlich schmerzt der Missbrauch, der mit dem Grundgesetz getrieben wird. Dem Recht auf Asyl wurde sein Inhalt, dem Artikel 16 seine Würde genommen.

Beifall

Möge das Grundgesetz spätestens bis zum 70. Jahrestag seiner Verkündung von diesem hässlichen, herzlosen Fleck gereinigt sein, verehrte Abgeordnete.

Beifall

Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen. Statt sich zu verschließen, darf es stolz darauf sein, dass es so anziehend geworden ist.

Meine Eltern sind nicht aus Iran geflohen. Aber nach dem Putsch gegen die demokratische Regierung Mossadegh 1953 waren sie wie viele Iraner ihrer Generation froh, in einem freie-

ren, gerechteren Land studieren zu können. Nach dem Studium haben sie Arbeit gefunden. Sie haben Kinder, Kindeskindern und sogar Urenkel aufwachsen sehen. Sie sind alt geworden in Deutschland. Diese ganze große Familie – 26 Menschen inzwischen, wenn ich nur die direkten Nachkommen und Angeheirateten zähle – ist glücklich geworden in diesem Land. Und nicht nur wir: Viele Millionen Menschen sind seit dem Zweiten Weltkrieg in die Bundesrepublik eingewandert, die Vertriebenen und Aussiedler berücksichtigt mehr als die Hälfte der heutigen Bevölkerung. Das ist auch im internationalen Vergleich eine gewaltige demografische Veränderung, die das Land innerhalb einer einzigen Generation zu bewältigen hatte, und ich meine, dass Deutschland sie insgesamt gut bewältigt hat.

Es gibt, gerade in den Ballungsräumen, kulturelle, religiöse und vor allem soziale Konflikte. Es gibt Ressentiments bei Deutschen, und es gibt Ressentiments bei denen, die nicht nur deutsch sind. Leider gibt es auch Gewalt und sogar Terror und Mord. Aber aufs Ganze betrachtet geht es in Deutschland ausgesprochen friedlich, immer noch verhältnismäßig gerecht und sehr viel toleranter zu als noch in den 90er-Jahren. Ohne es eigentlich zu merken, hat die Bundesrepublik und da spreche ich noch gar nicht von der Wiedervereinigung eine grandiose Integrationsleistung vollbracht.

Vielleicht hat es hier und dort an Anerkennung gefehlt, einer deutlichen, öffentlichen Geste besonders der Generation meiner Eltern, der Gastarbeitergeneration gegenüber, wie viel sie für Deutschland geleistet hat.

Beifall

Doch umgekehrt haben vielleicht auch die Einwanderer nicht immer genügend deutlich gemacht, wie sehr sie die Freiheit schätzen, an der sie in Deutschland teilhaben,

Beifall

den sozialen Ausgleich, die beruflichen Chancen, kostenlose Schulen und Universitäten, übrigens auch ein hervorragendes Gesundheitssystem, Rechtsstaatlichkeit, eine bisweilen quälende und doch so wertvolle Meinungsfreiheit, die freie Ausübung der Religion.

So möchte ich zum Schluss meiner Rede tatsächlich einmal in Stellvertretung sprechen, und im Namen von – nein, nicht im Namen von allen Einwanderern, nicht im Namen von Djamaa Isu, der sich fast auf den Tag genau vor einem Jahr im Erstaufnahmelager Eisenhüttenstadt mit einem Gürtel erhängte aus Angst, ohne Prüfung seines Asylantrages in ein sogenanntes Drittland abgeschoben zu werden, nicht im Namen von Mehmet Kubasik und den anderen Opfern des Nationalsozialistischen Untergrunds, die von den ermittelnden Behörden und den größten Zeitungen des Landes über Jahre als Kriminelle verleumdet wurden, nicht im Namen auch nur eines jüdischen Einwanderers oder Rückkehrers, der die Ermordung beinahe seines ganzen Volkes niemals für bewältigt halten kann –, aber doch im Namen von vielen, von Millionen Menschen, im Namen der Gastarbeiter, die längst keine Gäste mehr sind, im Namen ihrer Kinder und Kindeskindern, die wie selbstverständlich mit zwei Kulturen und endlich auch zwei Pässen aufwachsen, im Namen meiner Schriftstellerkollegen, denen die deutsche Sprache ebenfalls ein Geschenk ist, im Namen der Fußballer, die in Brasilien alles für Deutschland geben werden, auch wenn sie die Nationalhymne nicht singen,

Beifall

im Namen auch der weniger Erfolgreichen, der Hilfsbedürftigen und sogar der Straffälligen, die gleichwohl – genauso wie die Özils und Podolskis – zu Deutschland gehören, im Namen zumal der Muslime, die in Deutschland Rechte genießen, die zu unserer Beschämung Christen in vielen islamischen Ländern heute verwehrt sind, im Namen also auch meiner frommen Eltern und einer inzwischen 26-köpfigen Einwandererfamilie möchte ich sagen und mich dabei auch wenigstens symbolisch verbeugen: Danke, Deutschland.

Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich

»Reine und unbedingte Gastfreundschaft, die Gastfreundschaft selbst, öffnet sich, sie ist von vorneherein offen für wen auch immer, der weder erwartet noch eingeladen ist, für jeden, der als absolut fremder Besucher kommt, der ankommt und nicht identifizierbar und nicht vorhersehbar ist, alles andere als das.«

Jacques Derrida

Liberaler Rassismus

von Caroline Emcke

Der folgende Text stammt aus dem Buch »Weil es sagbar ist. Über Zeugenschaft und Gerechtigkeit«, in dem die Autorin den Fragen nachgeht: Wie lässt sich von Krieg und Gewalt erzählen? Gibt es dabei Grenzen des Verstehens, Schwellen des Sagbaren? Welche Bedingungen muss eine gerechte Gesellschaft erfüllen, damit die Opfer von Gewalt über das Erlittene sprechen können? Die Autorin vertritt die Überzeugung, dass es nicht nur möglich, sondern nötig ist, vom Leid anderer zu erzählen – für die Opfer von Gewalt ebenso wie für die Gemeinschaft, in der wir leben wollen. Sie argumentiert gegen das »Unbeschreibliche« und für das Ethos der Empathie und des Erzählens. Caroline Emcke ist Journalistin. Sie hat in den Jahren 1998 – 2006 als festangestellte Redakteurin beim »Spiegel« und als Auslandsredakteurin aus vielen Krisengebieten (Afghanistan, Pakistan, Kosovo, Irak, Kolumbien, Libanon u. a.) berichtet und arbeitet heute als freie Publizistin.

Von dem afro-amerikanischen Komiker und Entertainer Bert Williams stammt der Satz: »Es ist keine Schande, schwarz zu sein. Aber es ist enorm ungünstig.« Dieser Tage gilt: Es ist keine Schande, Muslim in Europa zu sein, aber es ist enorm ungünstig.

Muslime im Singular scheint es nicht mehr zu geben. Sie sind als Individuen unsichtbar, als Leute, denen ihre Mitgliedschaft bei dem lokalen Fußballverein oder ihre Arbeit als Krankenpfleger wichtiger sein könnte als ihre Herkunft aus Bosnien oder Afghanistan. Muslime gibt es gegenwärtig selten als Lehrer oder Schlosser, als Liebhaber von Neil Young oder Munir Bashir, Muslime gibt es selten als gläubig und schwul, als Atheisten und Opelaner – nicht, weil es sie nicht gäbe, sondern weil sie so nicht mehr wahrgenommen werden. Jeder einzelne Muslim wird verantwortlich gemacht für Suren, an die er nicht glaubt, für orthodoxe Dogmatiker, die er nicht kennt, für gewalttätige Terroristen, die er ablehnt, oder für brutale Regime in Ländern, aus denen er selbst geflohen ist. Muslime müssen sich distanzieren von Ahmadinedschad in Iran, den Taliban in Afghanistan, von Selbstmordattentätern und Ehrenmördern, und diese Distanzierung glaubt ihnen doch keiner, weil alles gleichgesetzt wird: Islam und Islamismus, Glaube und Wahn, Religiosität und Intoleranz, Individuum und Kollektiv.

Zum Vergleich: Wenn eine Debatte über sexuellen Missbrauch in katholischen Schulen geführt wird, wird auch nach den Strukturen gefragt, die den Missbrauch ermöglicht haben. Aber man erwartet nicht von beliebigen Gläubigen, dass sie sich von solchen Taten distanzieren, und niemand würde den bekennenden Katholiken Harald Schmidt auffordern, die Praktiken ihm fremder Jesuitenpatres zu verdammen. Früher nannte man es Rassismus, wenn Kollektiven Eigenschaften zugeschrieben wurden. Heute dagegen gelten dumpfe Vorurteile als »Angst, die man ernst nehmen muss«. Was diesen neuen Rassismus rhetorisch so elegant aussehen lässt, ist, dass das Unbehagen

gegenüber Muslimen niemals als Unbehagen gegenüber Muslimen artikuliert wird. Vielmehr kommen die Angriffe stets im Gewande des Liberalismus und als Verteidigung der Moderne daher. Es sind Werte einer aufgeklärten, sympathisch pluralen Lebensweise, die in Stellung gebracht werden gegen den Islam.

Dabei werden Muslimen jene Eigenschaften und Überzeugungen zugeschrieben, die eine moderne Gesellschaft als intolerant geißeln muss. Ein typisches Beispiel sind die Einwanderungstests des Landes Baden-Württemberg, bei denen die Frage der Einbürgerung von der Haltung der Einwanderer zur Homosexualität abhängig gemacht wurde, oder die des Landes Hessen, die ein modernes Frauenbild abfragen wollten. Wer wollte nicht die modernen Vorstellungen des Zusammenlebens verteidigen? Das ist ja der Konsens, auf dem unser Grundgesetz und unsere Gesellschaftsordnung beruhen.

Es klingt auch irgendwie besser und emanzipierter als die Ideologie von Leuten, die dogmatisch an repressiven Familien- oder Sexualitätsvorstellungen festhalten. Implizit wird dabei immer auch die eigene liberale Fortschrittlichkeit behauptet. Vergessen sind die Versuche der CDU, gegen die Eingetragene Partnerschaft zu votieren, vergessen die Rückständigkeit des Familienbildes der Christlich-Demokratischen Union, das Festhalten am Institut der Ehe als eines zwischen Mann und Frau oder das Verweigern des Adoptionsrechts für homosexuelle Paare.

Es ist eine eigenwillige Allianz aus atheistisch-kritischem Feminismus und christlichem Konservativismus, die etwa das Kopftuch als Projektionsfläche für berechtigte Kritik an Misshandlung von Frauen einerseits und zugleich für eine phobische Scheu vor Andersartigkeit instrumentalisiert. Da überrascht es gelegentlich, wem es da auf einmal so außerordentlich um Frauenrechte geht, und der Verdacht liegt nahe, dass Missachtung vor allem dann entdeckt wird, wenn es sich um muslimische Formen des Patriarchats und des Machismo handelt, als seien die nicht genauso widerwärtig, wenn sie von Nicht-Muslimen ausgeübt werden. Wie viele nicht-muslimische Bewohner Baden-Württembergs oder Hessens ihre Staatsbürgerschaft entzogen bekämen, müssten auch sie den Test ihrer aufgeklärten Toleranz ablegen, bleibt unklar. Intolerant und illiberal sind immer nur die anderen.

So ist eine Diskussion um den Islam in Europa entbrannt, die nicht mehr nur am rechten Rand Gemüter aufstachelt, sondern das bürgerliche Zentrum erreicht hat. Das Misstrauen gegen muslimische Europäer wird nicht mehr nur von den schrillen Vertretern rechtsnationalistischer Parteien geschürt wie Nick Griffin von der British National Party (BNP) in England, der eine Re-Patriierung von »nicht-indigenen« Briten fordert, oder Geert Wilders von der Freiheits-Partei (PVV) in den Niederlanden, der den Koran mit Hitlers »Mein Kampf« vergleicht. Solche Parteien haben es vielmehr geschafft, dass auf einmal die bürgerliche Mitte über Konfliktlinien diskutiert, die von rechts außen diktiert wurden: In der Schweiz sollen Minarette verboten werden, in Frankreich die Totalverschleierung, und in den Medien wird eine Debatte über die »Eroberung Europas durch den Islam« geführt.

Was aber hat dieser Blick auf den Islam mit Europa zu tun? Was sagt diese Diskussion über uns Nicht-Muslimen, Christen, Juden oder Atheisten aus? Wenn eine Minderheit die

Mehrheit so verunsichern kann, wie gefestigt ist dann die eigene Identität? Muslimische Fanatiker gab es schon früher, Ehrenmorde und Selbstmordattentate auch. Vielleicht ist es aber kein Zufall, dass der Blick auf die Integration der europäischen Muslime sich gerade in jener historischen Phase verschärft, in der Europa sich mit seiner eigenen Integration befasst. Möglicherweise gibt es auch einen Zusammenhang zwischen schrittweiser Emanzipation und gleichzeitiger Diskriminierung der eben emanzipierten Bürger. Es könnte sein, dass gerade die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter der rot-grünen Bundesregierung 1999 zu Paradoxien bei der Anerkennung der Muslime geführt hat. Wer vorher als Tunesier oder Iraker wahrgenommen wurde, ließ sich national unterscheiden. Sobald die Einwanderer Deutsche werden konnten, mussten sie mindestens Muslime bleiben, sonst wären sie ununterscheidbar gewesen. Erst in den Jahren nach der rechtlichen Anerkennung als Staatsbürger wurde deutlich, dass die formale Gleichstellung keineswegs eine soziale bedeutete. Wie auch die französischen und die Schweizer Islamdiskussionen in eine Zeit der nationalen Verunsicherung fielen.

Wenn die Konflikte mit Muslimen aber weniger mit den Muslimen als mit uns selbst und mit Europa zu tun haben, dann sollten wir uns fragen, was die europäische Aufklärung kennzeichnete, was die historischen Prozesse und Prinzipien, die sie etablierte, Säkularisierung, Liberalismus und Toleranz wirklich bedeuten und was diese Werte im Umgang mit Muslimen verlangen.

Ursprünglich bezeichnete »Säkularisierung« lediglich den Rechtsakt, durch den der Besitz und die weltlichen Güter der Kirche geschmälert wurden. Im weiteren Sinne bezeichnet der Begriff die Verdrängung kirchlicher Autorität aus dem Bereich weltlicher Herrschaft. Säkularisierung stellt also nicht die Praktiken der Gläubigen in Frage, sondern etabliert das politische System als unabhängig von kirchlichen Einflüssen. Säkularisierung ist nicht antireligiös, sondern antiklerikal. Die individuelle Frömmigkeit, aber auch die öffentliche Sichtbarkeit von religiösen Symbolen sind eine ganz andere Frage.

Wer das Kopftuchtragen an öffentlichen Schulen oder den Bau von Minaretten untersagen will, sollte sich daher nicht auf die Säkularität berufen. Das ist einer der Gründe, warum die Verfechter des Kopftuchverbots den Schleier auch nicht als Ausdruck religiösen Glaubens anerkennen, sondern ihn als Instrument und Symbol der Unterdrückung deklarieren, so wie die Anhänger des Minarettverbots die Moschee nicht als Gotteshaus, sondern als Raum der Terror-Vorbereitung definieren. Was dem einen die rhetorische Keule der Terrorgefahr, ist dem anderen die der Unterdrückung von Frauen. Das Problem ist weniger die Frage, ob es muslimische Mädchen und Frauen gibt, die zum Tragen des Schleiers gezwungen werden – das kann nicht bezweifelt werden –, die Frage ist: was unterdrückt? Wirklich das Stück Stoff selbst? Oder die patriarchalen Beziehungsgeflechte, die die Autonomie der Frau ignorieren? Stoppt das Verbot des Kopftuchs die Strukturen der Unterdrückung? Oder ergänzt diese Entscheidung nur das Gefühl der Entmündigung durch Vater oder Ehemann um das Gefühl der Entmündigung durch Gesellschaft und Staat? Das Kopftuch darf oder muss die Frau dann nicht mehr tragen, aber wird sie damit auch schon aus der Struktur der Unterdrückung befreit? Wären nicht Ausbildungs- oder Job-Angebote an muslimische Frauen ein erfolgversprechenderes Instrument der Emanzipation als ein Burka- oder Kopftuchverbot? Wenn wir die häusliche Verwahrlosung eines Kindes an seiner Kleidung in der Schule erkennen, glauben wir dann, die Anordnung von

Schuluniformen würde das Problem beheben?

Der Rationalismus der Aufklärung und der liberale Individualismus, auf den sich die Islam-Kritiker gern berufen, orientieren sich stets an der Autonomie des einzelnen Menschen. Was Aufklärung und Liberalismus verteidigen, ist das Selbstbestimmungsrecht des Individuums: Nicht Kirche, nicht soziale Klasse, nicht Herkunft sollen über das moderne Subjekt bestimmen dürfen, sondern die autonome, freie Wahl des Einzelnen muss vom Staat geschützt und verteidigt werden.

Wer das Kopftuch prinzipiell verbietet, muss sich also fragen, ob es wirklich undenkbar sein soll, dass eine Frau freiwillig ein Kopftuch tragen möchte. Wenn eine Muslima ein Kopftuch tragen möchte, muss das in einem liberalen Staat ebenso schützenswert sein wie ihre Entscheidung, keines zu tragen. Wer Frauen verteidigen will, sollte ihnen eine selbstbestimmte Wahl ermöglichen, sollte Gewalt gegen Frauen (ob muslimisch oder nicht) ahnden und die, die Frauen misshandeln, verurteilen.

Nun bleibt die Gefahr, die Befürworter eines Burka-Verbots zu Recht benennen, dass das soziale Umfeld, in dem Frauen die Burka tragen, eine solche freie Wahl vielleicht nicht zulässt. Das ist ein ernstzunehmender Einwand. Aber wenn Frauen, wie in Frankreich erörtert, das Burkatragen in Bussen oder U-Bahnen verboten wird, werden die Frauen, die zur Burka gezwungen werden, dann von ihren Ehemännern wirklich unverschleiert auf die Straße gelassen? Oder müssen sie zu Hause bleiben? Die Publizistin Hilal Sezgin hat in der Frankfurter Rundschau dazu den Vorschlag gemacht, Frauen mit Burka sollten lieber Übersetzer zur Seite gestellt bekommen, um ihre Spielräume zu vergrößern.

Das Erbe der Aufklärung bedeutet, einen Freiraum zu verteidigen, in dem individuelle Vorstellungen des Glücks gelebt werden können, ohne dass der Staat intervenieren darf. Säkularisierung war insofern auch immer gekoppelt an das Prinzip der Glaubensfreiheit. Das politische System, die Gesetze des Staates, das Bildungswesen sollten weltlich und dem Einfluss der Kirche entzogen sein, aber innerhalb dieser politischen Ordnung sollte den Bürgern ihre eigene Religiosität, ihre eigene Weltanschauung, ihre eigene Vorstellung vom guten Leben gestattet sein.

Dieses Erbe bedeutet die Möglichkeit, sich rational oder irrational, religiös oder nicht religiös zu orientieren, es bedeutet die Freiheit, sich nach einer anderen Welt zu sehnen, aber den Rechtsstaat und die Glaubensfreiheit der anderen anzuerkennen. Diese Freiheit, sich selbst oder die Realität überschreiten zu wollen, ist es, die Menschen kreativ sein lässt. Es mögen religiöse oder atheistische Visionen sein, die uns über uns hinauswachsen lassen. Aber wir verkümmerten in unserem Gemeinwesen und in unserer Lebensfreude, wenn wir sie beschneiden würden.

Eine Glaubensfreiheit, die eigentlich Zwangsatheismus als einzige Form der Modernisierung akzeptiert, ist keine. Eine Glaubensfreiheit, die nur den christlichen Glauben meint, ist auch keine. Toleranz ist in Wahrheit immer Toleranz von etwas, das einen anwidert oder irritiert. Toleranz dämmt Abneigung, nicht Zuneigung. Und in modernen, pluralen Gesellschaften, mit unterschiedlichsten existentiellen, sexuellen oder ästhetischen Neigungen, wird das Tolerieren von Praktiken und Überzeugungen anderer von jedem verlangt: Die Geißelungen bei den Osterprozessionen in Sevilla erscheinen den einen so pervers wie anderen die Sado-Maso-Spielchen auf den Christopher-Street-Day-Paraden in Paris

oder Berlin; der männliche Blick, der junge Mädchen unter den Schleier zwingt, erscheint den einen ebenso sexistisch wie anderen der, der sie sich in High Heels quetschen und rundum entblößen lässt; die Vorstellung der Eucharistie ist den einen so befremdlich wie den anderen der Glaube an 72 Jungfrauen im Paradies; die Wagnerbegeisterten in Bayreuth wirken auf die einen so befremdend wie auf andere die St. Pauli-Fans am Millerntor. Wer denkt, nur Muslime glaubten an unwahrscheinliche Geschichten, sollte gelegentlich in eine Messe gehen oder Chatrooms im Internet besuchen. Für ähnlich geartete Lebensformen oder Überzeugungen braucht es keine Toleranz.

Natürlich gibt es eine richtige und notwendige Kritik an radikalem Fundamentalismus und Gewalt, ob sie nun von Muslimen oder Christen ausgeht (wer meint, nur unter Muslimen gebe es Antisemiten oder religiös motivierte Kriminelle, sollte sich die Pius-Brüder ansehen oder die gewalttätigen evangelikalen Abtreibungsgegner). Aber der Unterschied zwischen Aufklärung und Rassismus macht sich daran fest, ob diskriminierende Praktiken und Verbrechen angeklagt werden oder ganze Bevölkerungsgruppen. Die Gefahr für das Erbe der Aufklärung sind nicht Andersgläubige, sondern die Ideologen, die politische oder soziale Fragen in religiöse oder ethnische umdeuten. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind ebenso Feinde der europäischen Idee wie Glaubensfuror und Terrorismus.

Die europäischen Ideale der Aufklärung, der Säkularisierung, der Toleranz und der Rechte des Individuums scheinen in Europa immer mehr in Vergessenheit zu geraten. Verteidigt werden sie gegenwärtig am ehrlichsten nicht in Berlin oder in Paris, sondern in Teheran. Es sind junge Frauen mit Kopftuch, die gegen ein religiös-fundamentalistisches Regime kämpfen, junge Menschen, die »Allahu Akbar«, Allah ist groß, rufen und ihr Leben riskieren im Kampf gegen Despotie. Sie sind der Beweis dafür, dass Aufklärung und Menschenrechte, Toleranz und Glaubensfreiheit, universal gelten müssen, für Gläubige oder Ungläubige, Muslime oder Christen, Juden oder Atheisten. Daran sollten wir in Europa uns erinnern.

Ein Europa ohne Humanität ist kein Europa

von Heribert Prantl

Die Solidarität der Bürger mit den Flüchtlingen wächst – aber zur gleichen Zeit baut die Europäische Union an einem neuen eisernen Vorhang. Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion und Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung.

Es ist ein deutsches Wunder, wackelig vielleicht, aber schon sehr wundersam: Noch nie war diese Hilfsbereitschaft so groß. In eben dem Land, in dem vor gut 20 Jahren die Flüchtlingsheime brannten und das alte Asylgrundrecht billig beerdigt wurde, in eben diesem Land wächst eine anrührende Solidarität mit Flüchtlingen. Deutschland hat sich offenbar gewandelt. Die Menschen sehen tagtäglich die grausigen Bilder aus Syrien und dem Nordirak, sie sehen die entsetzlichen Bilder aus Lampedusa und dem Mittelmeer.

Das Elend der Flüchtlinge ist so nahe gerückt – und es fasst so viele Deutsche ans Herz. Und weil das so ist, fassen sie sich an den Kopf, dass eines des reichsten Länder der Erde und eine der besten Bürokrationen der Welt nicht in der Lage sein soll, sich um zwei-, dreihunderttausend Flüchtlinge gut und fürsorglich zu kümmern. Genau das aber erwarten sie von ihren Innenministern, das erwarten sie von ihrer jeweiligen Landes- und der Bundesregierung.

Viele Bürgermeister und Landräte sehen sich bei ihrer Flüchtlingspolitik getragen von einer warmherzigen Bevölkerung – und sie haben selbst Anteil daran; sie wimmeln nicht ab, sie werben für Aufnahme. Bischöfe öffnen Klöster und leer stehende Tagungshäuser. Und die Flüchtlingsinitiativen, die so viele Jahre wenig Unterstützung hatten, spüren eine Welle der Solidarität. Nur die Innenminister haben sich davon noch nicht erfassen lassen, ein Teil von ihnen jedenfalls rettet sich zu den bräsigen Formeln und Maßnahmen, die sie schon immer propagiert haben, die aber allesamt gescheitert sind: noch mehr Überwachung der Außengrenzen, noch mehr Bekämpfung von Schleppern und Schleusern, noch mehr Repression und Abschreckung, noch mehr Fingerabdrücke, noch mehr Unterstellung von Missbrauchsabsicht, noch mehr Abschiebungen. Das ist nicht Flüchtlingspolitik, das ist Antiflüchtlingspolitik. Auch der Bundesinnenminister sollte sich davon lösen.

Der Tod gehört zur Abschreckung

Das Mittelmeer ist ein Massengrab. Die toten Flüchtlinge sind Opfer unterlassener Hilfeleistung; womöglich handelt es sich auch um Tötung durch Unterlassen. Sie sind jedenfalls Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik, der Politik also des Friedensnobelpreisträgers von 2012, der Europäischen Union. In dieser Politik hat die Abwehr von Menschen den Vorrang vor der Rettung von Menschen. Diese Politik behandelt den Flüchtlingstod auf dem Meer wie ein Schicksal, das man nicht ändern kann, nicht ändern will und nicht darf – weil die Politiker fürchten, dass Hilfe noch mehr Flüchtlinge anlocken könnte.

Klar, einfach und widerspruchsfrei von Charlotte Wiedemann

Früher galten Flüchtlinge eher als Täter: als Asylbetrüger, Arbeitsplatzdiebe. Heute gelten sie eher als Opfer und als solche müssen sie ihre Geschichten von der Flucht vereinfachen, bis es passt. Das gilt für das Erstgespräch beim Asylamt ebenso wie für einen Auftritt in der Mediengesellschaft. Charlotte Wiedemann ist Journalistin und Autorin von Auslandsreportagen und Büchern mit dem Schwerpunkt »islamische Lebenswelten«.

Können wir die Schicksale von Flüchtlingen, medial vermittelt, überhaupt begreifen? Anders gefragt: Auf welche schlichten Botschaften muss die Komplexität von Fluchtgründen reduziert werden, um eine hiesige Öffentlichkeit zu erreichen? Und bewirkt diese Vereinfachung am Ende eher Anteilnahme oder Verrohung? Flucht, Medien, Öffentlichkeit – das ist eine unübersichtliche Landschaft. Zunächst fallen die Kontraste auf. Viel mehr Medien als früher klären auf, stehen sogar Flüchtlingen bei. Reporter nehmen Gefahren und zeitweilige Verhaftung in Kauf, um die Odyssee Flüchtender hautnah ins deutsche Wohnzimmer zu bringen. Zugleich hat selbst tausendfacher Tod im Mittelmeer keine Veränderung der Politik bewirkt. Die Traumata von Flüchtlingen mögen auf den Reportage-Seiten großer Zeitungen ausgebreitet werden, doch morgen können sich die Betroffenen in einem Abschiebegefängnis wiederfinden. Daraus ist zunächst zu schließen: So wirkmächtig Medien sind, wenn sie Vorurteile und Ressentiments anheizen, so ohnmächtig können sie sein, wenn es um die Veränderung realer Politik geht. Für jene, die auf der Straße um Bleiberecht kämpften, war das eine bittere Erfahrung: Die Proteste von Flüchtlingen waren Thema in allen großen Medien, während die Protestierenden selbst den Eindruck hatten, vor eine Mauer zu laufen. Wieso war es in dieser an Zeitungen, Computern, Smartphones überquellenden Gesellschaft nicht möglich, plausible Forderungen zu verankern? Trügerisch die Hoffnung, eine informierte Öffentlichkeit werde hinreichenden Druck auf politische Entscheidungsträger ausüben. Zwei Jahre Flüchtlingskampf in Berlin mag die Stadt verändert haben, nicht jedoch das Schicksal der Protagonisten.

Das Thema Flucht ist schick geworden, gut für ambitionierte Filmemacher und Preis-Verleiher.

Was bedeutet der Begriff Mediengesellschaft in diesem Fall? Dass die Gutwilligen allenfalls in der Lage sind, ein Mitleid hervorzurufen, das folgenlos bleibt? Oder ästhetisiert wird? Flucht als Soirée.

Eine Medienszene, die sich in dieser Art von Solidarität gefällt, ist vom klassischen deutschen Stammtisch gewiss weit entfernt. Die althergebrachte Allianz zwischen Politik und Stammtisch in Fragen von Asyl und Einwanderung existiert nach wie vor, und auch sie wird von Medien vermittelt. Für das einfache Volk gibt es den Leitsatz »Deutschland kann nicht alle Armutsprobleme der Welt lösen«, und für das Bildungsbürgertum wurde ein Begriff wie »Mobilitätspartnerschaft« erfunden, womit eine mildtätig kaschierte Verhinderung von Mobilität gemeint ist. An beiden Beispielen fällt allerdings auf: Die Argumente haben einen Schlag ins Defensive. Auch wer für die Fortsetzung der Festungspolitik plädiert, kann die Realität einer wachsenden Flüchtlingskatastrophe nicht leugnen. Hier folgenloses

Mitleid, dort eine Mitleid verweigernde Abwehrhaltung: Beiden gemein ist ein großer Bedarf an Verdrängung. Denn das Wissen um die Toten im Mittelmeer – 3.200 in den ersten neun Monaten von 2014 – ist ja allseits verfügbar, niemand kann sich auf Nichtwissen berufen, um jeden Gedanken an eine mögliche Mitschuld abzuwehren. Die Mediengesellschaft hat eine Art innere Festung, als Pendant zur äußeren Festungspolitik: die Abstumpfung.

Ein Blick auf die Welt, der keine Empathie mehr kennt.

Auslandsberichterstattung ist heute immer mehr bloße Kriegsberichterstattung. In jeder Nachrichtensendung wird so massenhaft gestorben, dass emotionale Distanzierung die einzig mögliche Reaktion ist. Leid und Leidtragende werden zeitsparend zur Schau gestellt, der Zuschauer eilt daran vorbei, kann nur Voyeur sein. So wird ein Blick auf die Welt antrainiert, der keine Empathie mehr kennt. Nur Angst vor dieser Welt, die noch »da draußen« ist, aber immer näher zu rücken droht.

Die Flüchtlinge sind an der Nahtstelle, sie gehören zu denen »da draußen« und zu uns. In der Reaktion auf diese Herausforderung ähnelt die europäische Öffentlichkeit einer schizoiden Persönlichkeit, sie trennt Denken und Gefühl, kann somit jede Menge Flüchtlingsfakten verdauen, ohne sich davon im Wortsinn erschüttern zu lassen. Und selbst die Berichte der engagiertesten Journalistinnen und Journalisten vermögen dem Publikum letztendlich nicht begreiflich zu machen, was Flüchtlingen geschieht. Diese Unfähigkeit, zu begreifen, oder richtiger gesagt: die Unmöglichkeit, sich in existentielle Ausnahmesituationen hineinzuversetzen, empfinden am ehesten jene, die nah dran sind. In einer sizilianischen Kleinstadt, wo viele Migranten ankommen, übernahm die Verwaltungschefin die Vormundschaft für 150 unbegleitete Minderjährige. »Ich kann mir nicht ausmalen«, sagte sie, »was Mütter und Väter durchmachen, wenn sie ihr elfjähriges Kind in ein Boot setzen und sagen: Viel Glück!«

Die Geschichten so lange vereinfachen, bis sie passen.

Sich etwas nicht ausmalen können – das ist ein Satz, der die Regeln der Mediengesellschaft verweigert.

Muss nicht alles vermittelbar sein? Um den Preis, es so lange zu vereinfachen, bis es passt? So wurden früher Flüchtlinge zu Tätern: Asylbetrüger, Arbeitsplatzdieben. Heute sind sie eher Opfer. Als Opfer müssen sie klar, einfach, flach und widerspruchsfrei sein, das gilt für das Erstgespräch beim Asylamt ebenso wie für einen Auftritt in der Mediengesellschaft. Aber Flucht und Migration sind komplexe Angelegenheiten von komplexen Menschen. Jemand war drei Jahre nach Europa unterwegs, um dann in der »Abendschau« Zeit für den Satz zu haben: »In meinem Land kann man nicht leben.« Ein schlechter, falscher Satz, denn in seinem Land wollen keineswegs alle weg. Aber zu sagen, er habe eine Entscheidung getroffen, das wäre riskant. Dann wäre er nicht das simple, flache Opfer.

hFlüchtlinge müssen falsche Dinge sagen, um gehört zu werden. Und sie müssen Dinge tun, die sie zu Hause nicht täten: Dächer besetzen, auf der Straße schlafen. Und doch bleibt eine Mauer. Seltsam: Um die Mediengesellschaft in Erregung zu versetzen, reichen fünf alte Feuerwehwesten mit der Aufschrift »Sharia-Polizei«. Um diese Gesellschaft zu berühren, reichte es nicht aus, vor dem Brandenburger Tor im Eisregen einen Hungerstreik zu machen.

Wir Flüchtlinge

Vor allem mögen wir es nicht, wenn man uns »Flüchtlinge« nennt. Wir selbst bezeichnen uns als »Neuankömmlinge« oder als »Einwanderer«. Unsere Nachrichtenblätter sind Zeitungen für »Amerikaner deutscher Sprache«; und, soweit ich weiß, gibt es bis heute keinen Club, dessen Name darauf hinweist, dass seine Mitglieder von Hitler verfolgt wurden, also Flüchtlinge sind. Als Flüchtling hatte bislang gegolten, wer aufgrund seiner Taten oder seiner politischen Anschauungen gezwungen war, Zuflucht zu suchen. Es stimmt, auch wir mußten Zuflucht suchen, aber wir hatten vorher nichts begangen, und die meisten unter uns hegten nicht einmal im Traum irgendeine radikalen politischen Auffassungen. Mit uns hat sich die Bedeutung des Begriffs »Flüchtling« gewandelt. »Flüchtling« sind heutzutage jene unter uns, die das Pech hatten, mittellos in einem neuen Land anzukommen, und auf die Hilfe des Flüchtlingskomitees angewiesen waren. Vor Kriegsausbruch waren wir sogar noch empfindlicher gegen die Bezeichnung »Flüchtling«. Wir taten unser Bestes, um anderen Leuten zu beweisen, dass wir ganz gewöhnliche Einwanderer seien. Wir erklärten, dass wir uns ganz freiwillig auf den Weg in ein Land unserer Wahl gemacht hätten, und bestritten, dass unsere Situation irgend etwas mit »sogenannten jüdischen Problemen« zu tun hätte. Ja, wir waren »Einwanderer« oder auch »Neuankömmlinge«, die eines schönen Tages ihr Land verlassen hatten – sei es, weil es uns nicht mehr passte, sei es eben aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Wir wollten uns eine neue Existenzgrundlage schaffen, das war alles. Man muss ein Optimist und sehr stark sein, wenn man eine neue Existenz aufbauen möchte. Also legten wir großen Optimismus an den Tag. Unsere Zuversicht ist in der Tat bewunderswert, auch wenn diese Feststellung von uns selbst kommt. Denn schließlich ist die Geschichte unseres Kampfes jetzt bekannt geworden. Wir haben unser Zuhause und damit die Vertrautheit des Alltags verloren.

Hannah Arendt (1943), aus: Hannah Arendt: Zur Zeit. Politische Essays, Hg. Marie Luise Knott, Hamburg 1999

Woher kommen die Flüchtlinge?

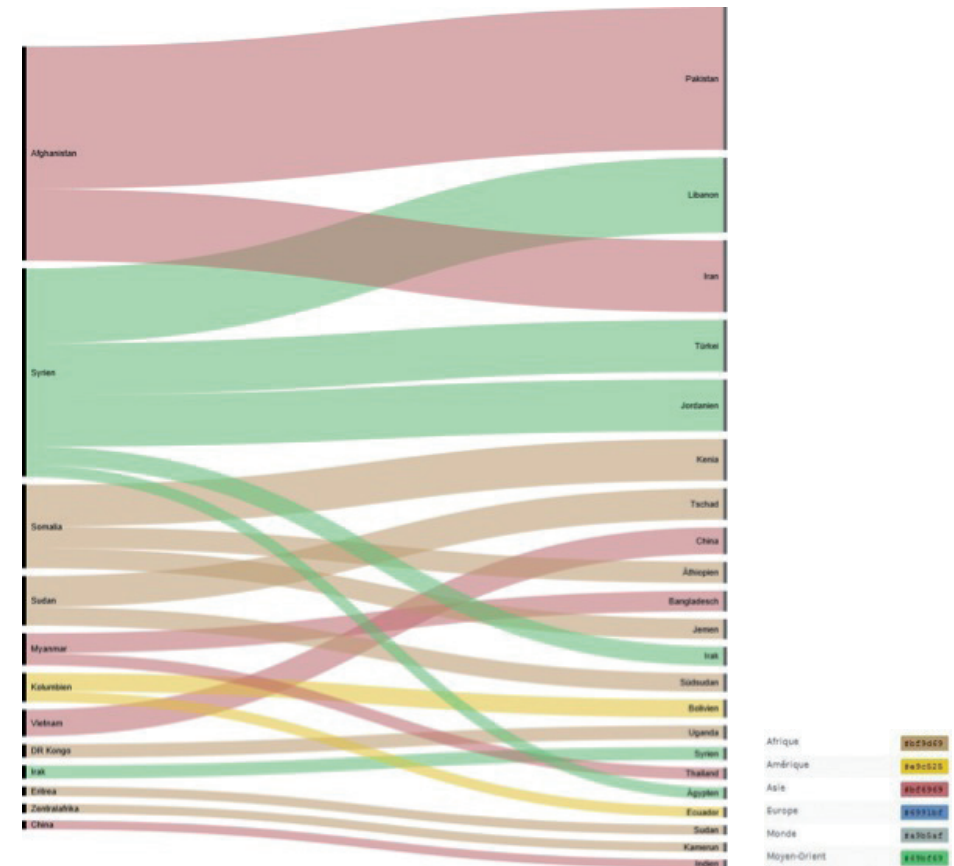
Afghanistan, Syrien, Somalia: Über die Hälfte der Flüchtlinge weltweit kommt aus einem dieser drei Länder, die von Jahren des Kriegs und der Gewalt gezeichnet sind. Mit ca. 2,56 Millionen Flüchtlingen liegt Afghanistan im 33. Jahr in Folge an der Spitze. Möglicherweise wird es dieses Jahr allerdings von Syrien abgelöst, wo die Zahl der Flüchtlinge 2013 bei 2,47 Millionen lag – Tendenz steigend. Dies ist die größte Flüchtlingswelle seit dem ruandischen Völkermord von 1994, der 2,3 Millionen Menschen in die Flucht trieb. Immerhin hat die Zahl der Flüchtlinge in Somalia sich bei 1,1 Millionen eingependelt, was auf eine Verbesserung der Sicherheitslage und der humanitären Situation im Land schließen lässt.



Wer geht wohin?

Aus Gründen der Übersichtlichkeit bildet das unten stehende Diagramm nur Flüchtlingsströme mit über 100 000 Flüchtlingen ab. Links: das Herkunftsland; rechts: das Zielland. Die Größe jedes Flüchtlingsstroms entspricht der Größe der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Mit 1 615 876 bzw. 814 015 Menschen bilden die Afghanen in Pakistan und im Iran das größte Kontingent an Auslandsflüchtlingen, dicht gefolgt von den Syrern im Libanon (851 284 Menschen), in der Türkei (585 601) und in Jordanien (585 304). Egal, ob es sich um Afghanen, um Syrier, Somalier, Sudanesen, Birmanen, Kolumbianer, Vietnamesen oder Iraker handelt – die übergroße Mehrheit der Flüchtlinge bewegt sich in Richtung der Nachbarländer.



Quelle: UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)

Wer nimmt Flüchtlinge auf?

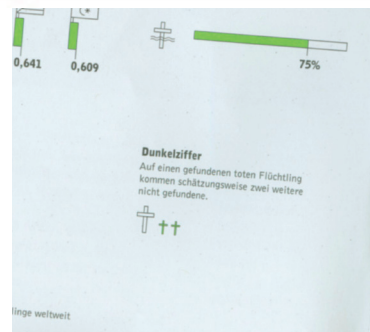
Noch vor dem Iran und dem Libanon liegt Pakistan mit 1,6 Millionen hauptsächlich afghanischen Flüchtlingen als Gastland an der Spitze; dies gilt auch bezüglich der Wirtschaftsleistung: Auf jeden Dollar BIP pro Einwohner kommen 512 Flüchtlinge, gefolgt von Äthiopien mit 336 und Kenia mit 295 Flüchtlingen.

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl liegt allerdings der Libanon an der Spitze: Jeder vierte Einwohner ist dort derzeit ein Flüchtling. Mehrheitlich sind dies Palästinenser, die schon seit 1948 in libanesischen Camps untergebracht sind und Syrer, die seit Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 ins Land gekommen sind. Ein trauriger Rekord, seit Somalia vor drei Jahrzehnten 1980 zwei Millionen äthiopische Flüchtlinge aufgenommen hat. Auf 1000 Einwohner kamen seinerzeit 328 Flüchtlinge.

Bei den Kontinenten liegt Asien mit 3,5 Millionen Flüchtlingen noch vor dem Mittleren Osten (2,6 Millionen), Europa (1,8 Millionen) und Amerika (800 000). Ferner ist anzumerken, dass 86% aller Flüchtlinge in sogenannte Entwicklungsländer geflohen sind – dies ist der höchste Prozentsatz seit 22 Jahren. Zu erklären ist dies mit dem Ende der Balkankonflikte: Die meisten der dortigen Flüchtlinge wurden von Industrieländern aufgenommen.



Todesursachen



Afghanistan

Nach Jahren des Bürgerkriegs ergriffen im Jahr 1996 die Taliban die Macht in Afghanistan. Das Land sollte zu einem Gottesstaat werden: Musik, Sport, Bilder und Fernseher wurden verboten. Die meisten Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Frauen konnten sich fortan nur in Ganzkörperverschleierung und männlicher Begleitung auf die Straße wagen. Dem internationalen Terrorismus boten die Taliban einen Unterschlupf: Die Anschläge vom 11. September wurden in Afghanistan geplant. Als Reaktion griffen im Oktober 2001 die USA und Großbritannien das Land an und stürzten gemeinsam mit der Nordallianz das Taliban-Regime. Mehr als 40 Länder beteiligen sich seitdem am Wiederaufbau Afghanistans: Staatliche Strukturen sollen geschaffen, Schulen, Straßen und Krankenhäuser gebaut werden. Deutschland hat zugesagt, vor allem beim Aufbau der afghanischen Polizei und Armee zu helfen. Mit rund 3.500 Bundeswehr-Soldaten stellte Deutschland das drittgrößte Kontingent an der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF). Doch immer wieder erschüttern Anschläge der Taliban das Land. Mit ihrer Terror-Strategie des »Mordens und Zerstörens« wollen sie die afghanische Bevölkerung einschüchtern, im Westen Zweifel am Sinn der Afghanistan-Mission schüren und die Macht im Land zurückerobern.

Die islamische Republik Afghanistan hat geschätzte 30,6 Millionen Einwohner, allein in der Hauptstadt Kabul 4,5 Millionen. Geographisch liegt es in Zentralasien, grenzend an Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan (im Norden), China und Pakistan (im Osten und Süden), Iran (im Westen). Drei Viertel des Landes bestehen aus schwer zugänglichen Gebirgsregionen. Die Bevölkerung setzt sich aus Paschtunen ca. 42%, Tadschiken ca. 27%, Hazara und Usbeken je ca. 9%, zahlreiche kleinere ethnische Gruppen. Überraschend ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung mit 18,2 Jahren; 42,3% sind jünger als 15 Jahre. Es existieren zwei offizielle Landessprachen mit Dari und Paschtu. 99% der Bevölkerung sind Muslime (80% Sunniten und 19% Schiiten). Seit September 2014 ist Mohammad Ashraf Ghani gewähltes Staatsoberhaupt als Nachfolger von Präsident Hamid Karsai.

In den internationalen Afghanistan-Konferenzen, die seit 2001 fast zweijährig stattfanden, hat die internationale Gemeinschaft finanzielle Zusagen in Milliardenhöhe gemacht, allein der deutsche Beitrag zum zivilen Wiederaufbau summierte sich für den Zeitraum 2002 – Dezember 2009 auf über 1,3 Mrd. Euro. Ziel war u. a., die Vorstellungen der afghanischen Zivilgesellschaft über die politische Zukunft Afghanistans stärker in den Prozess einzubringen, sowie verbindliche Ziele für Fortschritte in den Bereichen Entwicklung, Regierungsführung und Sicherheit. Die Konferenz 2010 begrüßte zudem ein Programm der afghanischen Regierung zur Aussöhnung mit regierungsfeindlichen Kräften und zur Wiedereingliederung von Kämpfern in die Gesellschaft. Kernbotschaft der Bonner Afghanistan-Konferenz 2011, deren Schlussdokument von 100 Staaten und internationalen Organisationen angenommen wurde: Die Staatengemeinschaft wird Afghanistan auch nach Abzug der internationalen Kampftruppen Ende 2014 unterstützen, festgeschrieben in gegenseitigen Verpflichtungen als Grundlage für »das Jahrzehnt der Transformation« (2015 – 2024). Die afghanische Regierung wird dafür wichtige Reformen vorantreiben müssen, die Afghanistans Eigenständigkeit sichern und dem afghani-

schen Volk zu nachhaltigem Wohlstand in einer stabilen Demokratie verhelfen.

Das afghanische Bildungswesen lag in den Jahren des Bürgerkriegs und der Taliban-Herrschaft nahezu brach. Zahlreiche Schulen wurden zerstört. Gerade Mädchen und Frauen waren fast vollständig vom Zugang zu Bildungseinrichtungen ausgeschlossen. Dies hat sich grundlegend verändert. Dennoch haben bis heute rund 70 Prozent der Männer und über 90 Prozent der Frauen keinen Schulabschluss. Die Zahl der Analphabeten liegt bei über 70 Prozent. Mittlerweile gehen jedoch wieder 9,6 Millionen Kinder zur Schule, davon rund 3,2 Millionen Mädchen. Der Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern ist groß. Allein seit 2009 sind mit deutscher Unterstützung über 90.000 Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und weiterführenden Schulen aus- und fortgebildet worden.

Deutschland hat auch weiterhin eine koordinierende Rolle in der internationalen Afghanistanpolitik.

Am 31.12.2014 lief die deutsche Beteiligung am ISAF-Einsatz aus, nachdem am 22. Dezember 2001 der Deutsche Bundestag erstmals der Entsendung deutscher Streitkräfte zur Umsetzung der Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit zugestimmt hatte. Seit August 2003 galt das ISAF-Mandat für ganz Afghanistan. Heute ist die »Mission Resolute Support« aktiv, die keine Kampfmission mehr ist, sondern deren Schwerpunkt auf der Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Entscheidungsträger liegt.

Prioritäten des deutschen Engagements liegen im Aufbau afghanischer Polizeikräfte, Bau von Krankenhäusern, Schulen, Flughäfen, der Aufbau von Kapazitäten in Verwaltung und Justiz. Doch nach dem Ende von ISAF bleibt die Sicherheitslage in vielen Teilen des Landes instabil.

30 Jahre lang stammte die größte Gruppe der Flüchtlinge weltweit aus Afghanistan, bis zur Jahresmitte 2014 waren es, laut UNHCR, über 2,6 Millionen. Nur aus Syrien flohen im letzten Jahr mehr Menschen. Seit 1980 sind allein mehr als sechs Millionen Afghanen in die benachbarten islamischen Republiken Pakistan und Iran geflohen. Viele kamen zwar zurück, doch durch die Kämpfe im Jahr 2001 entstand eine neue Flüchtlingswelle; Hunderttausende wurden innerhalb des Landes vertrieben. Mit 3,2 Millionen Rückkehrern aus Pakistan und 860.000 aus dem Iran hat das UNHCR seit 2002 rund vier Millionen Afghanen bei ihrer Rückkehr ins Heimatland unterstützt. Etwa drei Millionen registrierte Afghanen befinden sich Ende 2007 noch im Exil, davon zirka zwei Millionen in Pakistan, insbesondere in Peshawar, und 910.000 im Iran.

Pakistan

Die islamische Republik Pakistan ist in etwa doppelt so groß wie Deutschland und grenzt im Westen an Iran und Afghanistan, im Norden an China, im Osten an Indien. Während in der Hauptstadt Islamabad etwa 1 Million Menschen leben, ist für die Gesamtbevölkerung nur eine grobe Schätzung von 175 bis 195 Millionen möglich, da die letzte Volkszählung lange zurückliegt. Die offizielle Amtssprache ist Urdu, doch daneben wird auch Englisch als landesweit gebrauchte Sprache des öffentlichen Lebens genutzt. Die wichtigsten Regionalsprachen sind Punjabi, Sindhi, Pashtu, Seraiki, Baluchi. Islam ist Staatsreligion (96 % der Bevölkerung, in der Mehrzahl Sunniten, zwischen 15 u. 20 % Schiiten). Die Ahmadis sind eine vom offiziellen Islam ausgegrenzte muslimische Religionsgemeinschaft mit ca. 1 Mio. Mitgliedern. Neben ca. 3 Mio. Hindus leben geschätzte 2,8 Mio. Christen in Pakistan, daneben Parsen, Sikhs, Buddhisten, Baha'ï. Der Staat Pakistan entstand 1947 aus den mehrheitlich muslimischen Teilen der Kolonie Britisch-Indiens, während die Gebiete mit hinduistischer oder sonstiger Bevölkerungsmehrheit sowie der größte Teil des überwiegend muslimischen Kaschmir im heutigen Indien aufgingen. 1956 rief sich Pakistan zur ersten Islamischen Republik der Welt aus. Der ehemalige Landesteil Ostpakistan ist seit 1971 als Bangladesch unabhängig.

Seit der Unabhängigkeit ist die politische Lage Pakistans durch mangelnde Stabilität gekennzeichnet. Kurze demokratische Phasen wurden immer wieder von Militärputschen unterbrochen. Militärs regierten das Land von 1958 bis 1971, von 1977 bis 1988 und von 1999 bis 2008. Diese jahrelangen innerstaatliche Konflikte sowie Naturkatastrophen zur Flucht von Tausenden Pakistanern. Im vergangenen Jahr stellten 20.815 pakistanische Staatsangehörige einen »Asylantrag in der EU«. Nach »Angaben« des UNHCR gab es im Januar 2014 zudem rund 750.000 Binnenvertriebene im Land. Zu den Ursachen für diese Fluchtbewegungen zählen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den radikalislamischen Taliban, die sich seit 2009 verschärft haben, wie das Auswärtige Amt in Berlin »berichtet«.

Die Taliban überziehen das Land mit Repression und Gewalt, die die innere Sicherheit Pakistans bedrohen. In einigen ländlichen Regionen herrschen zudem immer noch feudale Machtstrukturen. In den pakistanischen Stammesgebieten, in denen die Taliban ihre Basis haben, werden die Verfassung und die darin verbrieften Bürgerrechte nicht anerkannt. Die Menschenrechtslage ist dort besonders »prekär«. Internationale Beobachter befürchten einen Staatszerfall aufgrund der innerstaatlichen Machtkonflikte, fehlender funktionierender Institutionen, mangelnder Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit sowie der exponierten Stellung des Militärs.

»Amnesty International« und »Human Rights Watch« berichten seit Jahren von rechtswidrigen Tötungen und der Praxis des Verschwindenlassens von Menschen durch Sicherheitskräfte, von Sprengstoff- und Selbstmordanschlägen durch die pakistanischen Taliban und andere Milizen. Gewalt gegen Frauen und religiöse Minderheiten sind an der Tagesordnung, die Todesstrafe wird immer noch praktiziert. Das Land »gehört« laut

Transparency International zu den korruptesten Staaten der Erde. Es besteht keine allgemeine Schulpflicht. Laut einem UNESCO-Bericht von 2014 gehen 5,5 Millionen Kinder in Pakistan nicht zur Schule; dies ist weltweit (nach Nigeria) die zweithöchste Zahl. Neben staatlichen Schulen stellen Tausende von Koranschulen eine wichtige Stütze des Bildungswesens dar. Sie bieten in der Regel auch Kindern aus armen Familien, denen der Besuch einer staatlichen Bildungseinrichtung nicht möglich wäre, eine kostenlose Grundbildung. Nicht selten leisten sie auch humanitäre Hilfe. Allerdings unterliegen sie keinerlei staatlicher Kontrolle, sodass auch religiöse Extremisten diese nutzen, um ihre »Lehren« zu verbreiten.

Anlass zu vorsichtiger Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation gab die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2013. Bei dieser wurde erstmals in der Geschichte des Landes eine gewählte Regierung nach vollen fünf Jahren Amtszeit durch reguläre Wahlen abgelöst. Die Friedensverhandlungen der Regierung unter Ministerpräsident Nawaz Sharif mit den Taliban blieben bislang allerdings ohne Erfolg. Fehlende Dialogbereitschaft auf Seiten der Taliban führte stattdessen im Sommer 2014 zu einer groß angelegten Militäroperation, um deren Einfluss in einigen Landesteilen durch die Zerstörung der Infrastruktur der Organisation zurückzudrängen. Dennoch stellen Militanz und Terror weiter eine ernst zu nehmende Bedrohung für die innere Sicherheit Pakistans dar. Es ist daher von weiteren Fluchtbewegungen aus Pakistan auszugehen.

Zugleich hat Pakistan weltweit die meisten Flüchtlinge aufgenommen. 1,6 Mio. Schutzsuchende »beherbergte« das Land 2013, sie stammten fast ausnahmslos aus dem Nachbarland Afghanistan.

Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung
Auswärtiges Amt
wikipedia

Palästinensische Autonomiegebiete

Fast 5 Millionen Palästinenser waren 2013 bei den Vereinten Nationen offiziell als Flüchtlinge registriert. Die Gesamtzahl der palästinensischen Flüchtlinge wird auf etwa 6 Millionen geschätzt. Allein mehr als 1,3 Millionen leben in 59 Flüchtlingslagern, die zum Teil seit 1948 bestehen.

1947 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat mit dem Ziel, einen unabhängigen jüdischen Staat zu gründen und den Überlebenden der Shoa eine Heimat zu schaffen. Die jüdische Bevölkerung akzeptiert den Plan, die Araber lehnten ihn ab.

Im Mai 1948 kam es zur Staatsgründung des heutigen Israel. Der umgehende Angriff mehrerer arabischer Staaten auf Israel führte zum Palästinakrieg, in dem Israel sein Territorium über die Grenzen des UNO-Teilungsplans hinaus ausdehnen konnte. 1950 wurde die Aufteilung Palästinas besiegelt. Bis zum Ende des Krieges verloren bis zu 750.000 Palästinenser ihre Heimat – ein Drittel des gesamten Volkes. Die verlassenen Städte und fast 400 Dörfer wurden sofort von jüdischen Einwanderern besiedelt. Dörfer, die man nicht benötigte, wurden zerstört, um eine Rückkehr der Araber unmöglich zu machen. Was von den Israelis als Wiedergeburt nach zweitausendjährigem Exil und jahrhundertelanger Verfolgung gefeiert wird, ist für die Palästinenser die »Nakba« – die Katastrophe. Die Nakba prägt bis heute das kollektive Bewusstsein und die Erinnerung der Palästinenser.

1964 wurde unter der Leitung von Jassir Arafat die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO (engl. Palestine Liberation Organization) gegründet mit dem Ziel, eine Vertretung des arabischen Volkes in Palästina im Rahmen einer panarabischen Bewegung zu schaffen.

Im Sechstagekrieg 1967 eroberte und besetzte Israel das zu Jordanien gehörende Westjordanland und den zu Ägypten gehörenden Teil Palästinas. Erneut verloren ca. 400.000 palästinensische Flüchtlinge ihre Heimat – viele davon bereits zum zweiten Mal. Die UNO-Resolution 242 von 1967 lässt keinen Zweifel daran, dass die Staatengemeinschaft damals von Israel den Rückzug aus diesen von ihm besetzten Gebieten forderte und bis heute fordert.

Unter Arafats Führung radikalisierte sich die PLO. Im Verlauf der Ersten und Zweiter Intifada entwickelte sich ein Machtkampf zwischen PLO und Hamas, in dem die PLO ihre führende Rolle als Vertretung der palästinensischen Bevölkerung verlor.

Der größte außenpolitische Erfolg der PLO war die Anerkennung durch die UNO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes im Jahre 1974. 1994 wurde den Palästinensern ein Autonomiestatus gewährt. Seitdem verwaltet die Palästinensische Nationalautorität (PNA) die palästinensischen Gebiete, und hat dort mit dem Aufbau der Staatsstrukturen und der Institutionen begonnen. Seit 2012 hat Palästina als Nicht-Mitgliedstaat einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Die Staatlichkeit

Palästinas wird derzeit von 135 der 193 UN-Mitgliedsstaaten anerkannt. Die USA, Deutschland und der größte Teil West-Europas zählen nicht dazu.

In den Palästinensischen Autonomiegebieten leben heute auf einer Fläche von 6.020 km² insgesamt 4.420.549 Einwohner, davon 2.719.112 im Westjordanland und 1.701.437 im Gazastreifen. Zusätzlich haben etwa 330.000 israelische Siedler das Westjordanland besetzt und über 220 Kolonien (Siedlungen) gegründet. Dazu wurden fast 70 % der palästinensischen Gebiete enteignet, obwohl das die Genfer Konvention verbietet. (Die Zahlen zu Fläche und Einwohnern sind von 2013 und stammen vom palästinensischen Statistikamt. Anm. der Red.) Die Hauptstadt Palästinas ist de facto Ramallah, auch wenn der Anspruch auf Ostjerusalem weiterhin besteht. Die Amtssprache ist Arabisch.

2009 legte Premier Salam Fayyad ein Regierungsprogramm vor, das innerhalb von zwei Jahren den Aufbau funktionierender und rechtsstaatlicher Institutionen in Palästina vorsieht. Die bereits erzielten Erfolge bestätigten zahlreiche internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank.

Die derzeitige Regierung unter Führung von Rami Hamdallah wurde am 2. Juni 2014 von Präsident Mahmud Abbas vereidigt und soll die lange Zeit verfeindeten Organisationen Fatah, Hamas sowie die Volksfront zur Befreiung Palästinas vereinen. Dem Kabinett gehören 18 Politiker der verschiedenen Strömungen an.

Die palästinensische Regierung arbeitet stetig am Aufbau eines übergreifenden Bildungssystems. Da während der Intifada aufgrund der erzwungenen Schul- und Hochschulschließungen durch die israelische Armee praktisch das gesamte Bildungswesen zusammengebrochen ist, entstanden viele private Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, die sich bis heute für die Verbesserung des palästinensischen Bildungssystems einsetzen. Es führt über eine in der Regel zwölfjährige allgemeinbildende Ausbildung zur allgemeinen Hochschulreife, an die sich ein vier- bis fünfjähriges Bachelorstudium an einer Universität (z.B. in Birzeit, Ost-Jerusalem / Abu Dis, Nablus) oder einem Technical College (z.B. in Hebron, Bethlehem) anschließt. In der Regel bieten Universitäten ergänzende Master-Studiengänge an. Die palästinensischen Universitäten sind nicht-staatlich, überwiegend privat finanziert und genießen große Eigenständigkeit.

Besonders in Ramallah hat sich in den letzten Jahren ein reges Kulturleben etabliert. Das zeigt sich in vielen privaten oder von Stiftungen unterstützten Kulturinitiativen, aber auch in gut besuchten Festivals der darstellenden Künste wie der Kunstmesse Qalandia International oder dem Dokumentarfilmfestival Ramallah-Doc.

Die palästinensische Wirtschaft besteht hauptsächlich aus Dienstleistungsunternehmen sowie aus klein- und mittelständischen Betrieben, die Waren für den heimischen Markt und den Export nach Israel produzieren. Einige Branchen haben es trotz der schwierigen Lage geschafft, sich auf dem nahöstlichen Markt, in Europa und Amerika zu platzieren.

Sudan

Die Republik Sudan gehört geographisch sowohl zu Nordafrika als auch zu Ost- und Zentralafrika und hat laut 2008 durchgeführter Volkszählung 30,9 Millionen, verteilt auf zahlreiche Stämme. Hauptgruppen sind: im Norden die arabisch-islamische Bevölkerungsgruppe und nubische Stämme; im Osten: Rasheida- und Beja-Stämme; im Westen: die nomadischen Beggara-Stämme, Fur, Zaghawa u. a.; im Südwesten des Landes die Nuba, alle überwiegend islamisch; im Süden des Landes auch nilotische Stämme. In der Hauptstadt Khartum wohnen allein ca. 8 Millionen Einwohner mit der Agglomeration. Die Landessprache ist heute Arabisch; der Islam ist Staatsreligion; eine christliche Minderheit existiert und vereinzelt indigene Religionen in südlichen Landesteilen. Präsident der Republik ist Feldmarschall Omar Hassan Ahmad al-Bashir, dessen Amtsübernahme de facto seit 30.06.1989 durch einen Militärputsch erfolgte, zum Präsidenten ernannt wurde er 1993. Er ist zugleich Premierminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Vorsitzender des obersten Richterrates und Befehlshaber der Polizei. Er kann die Verfassung aussetzen und den Ausnahmezustand erklären. Die von Konflikten betroffenen Bundesstaaten Südkordofan, Blue Nile sowie die fünf Bundesstaaten der Region Darfur stehen unter Ausnahmezustand.

Der anhaltende Darfur-Konflikt war 2003 eskaliert und führte zu einer der derzeit größten humanitären und menschenrechtlichen Krisen. Laut Angaben der Vereinten Nationen wurden infolge der Kampfhandlungen etwa 2,7 Millionen Menschen vertrieben, etwa 200.000 Menschen starben in den Kämpfen oder auf der Flucht aufgrund von Krankheit und Entbehrung. Kampfhandlungen dauern an, auch wenn sie nach Angaben der Friedensmission (UNAMID) nachgelassen haben. Der Darfur-Konflikt findet seine Basis in Verteilungskonflikten um knappe Ressourcen. Als 2003 eine bewaffnete Rebellion ausbrach, reagierte die Regierung in Khartum mit brutaler Härte und unverhältnismäßiger militärischer Gewalt. Zudem mobilisierte die Regierung aus landlosen arabischen Stämmen, Söldnern und Kriminellen bestehende Reitermilizen. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat in diesem Zusammenhang Haftbefehle gegen drei Personen, darunter den sudanesischen Staatspräsidenten al-Baschir, erlassen. Ihnen wird vorgeworfen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben.

Bis heute bleibt die Menschenrechtssituation schwierig. Zwar wurde im Umfeld der Wahlen im Frühjahr 2010 und des Referendums im Januar 2011 eine gewisse Öffnung des politischen Raums zugelassen. Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit werden jedoch nach wie vor bei konkreten Anlässen – wie kürzlich bei Protesten im Zusammenhang mit der Erhöhung der Treibstoffpreise – eingeschränkt. Menschenrechtsorganisationen wurden geschlossen oder werden an ihrer Arbeit gehindert. Zahlreiche Menschenrechtsverteidiger haben das Land verlassen. Zwar wurde die Pressezensur formell aufgehoben, weiter bestehende Selbstzensur und administrative Hindernisse verhindern eine wirkliche Pressefreiheit. Der Nationale Nachrichten- und Sicherheitsdienst (National Intelligence and Security Service – NISS) überwacht politische Gegner und kann missliebige Personen ohne richterlichen Beschluss verhaften.

Das öffentliche kulturelle Leben hat sich von der Machtübernahme des islamistischen Regimes in den 90er Jahren nicht erholt. Bildung, Wissenschaft und Forschung leiden unter Ressourcenknappheit, Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten und einer schwachen Zivilgesellschaft. Schulbildung wird grundsätzlich kostenfrei vom Staat angeboten, de facto aber nicht flächendeckend. Einige der in Sudan existierenden öffentlichen und privaten Hochschulen erreichen Mittelfeldplätze im internationalen Univeritätsranking (darunter die Afhad University for Women). Dennoch sind junge Sudanesen oftmals bestrebt, ihr Hochschulstudium im (westlichen) Ausland zu absolvieren.

Sudan gehört zu den ärmsten und dabei am höchsten verschuldeten Ländern der Welt. Die Ernährungslage der Bevölkerung ist vielerorts besorgniserregend, insbesondere im Westen, Osten und Süden des Landes. Neben Konflikten führen auch Dürreperioden immer wieder zu Hungerkatastrophen, die humanitäre Hilfe erfordern. Wassermangel und Wüstenbildung sind charakteristisch für weite Landesteile und wirken entwicklungs-hemmend.

Gleichzeitig verfügt der Sudan über reiche Bodenschätze, darunter Öl, Erze, Edelmetalle, insbesondere Gold, das Nilwasser und potenziell fruchtbares Ackerland sowie ein relativ gut ausgebildetes Arbeitskrätereservoir. Die sudanesische Regierung hat aufgrund der anhaltenden Konflikte im Land beträchtliche Summen der Einkünfte aus dem Erdölexport in den Rüstungsetat investieren müssen. Sudan ist infrastrukturell, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Wasser / Abwasser, Telekommunikation und Verkehr unzureichend erschlossen. Es besteht großer Entwicklungsbedarf in allen Bereichen.

Die internationale Verschuldung Sudans ist mit etwa 40 Milliarden US-Dollar besorgniserregend.

Der Preiseinbruch bei Erdöl und anderen Rohstoffen und die weltweite Wirtschaftskrise führten 2009 zu drastischen Rückgängen bei Devisen- und Staatseinnahmen. Die Erdöleinkünfte erbringen mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen und knapp 85 Prozent der Devisen.

Nur wenigen Flüchtlingen gelingt der Weg nach Europa; in Deutschland haben 2013 xxxx Flüchtlinge Asyl beantragt, die Zahl der Binnenflüchtlinge innerhalb des Landes oder in die Nachbarstaaten überwiegt. Menschen aus dem Sudan können in Deutschland nur in Niedersachsen eine Asylantrag stellen.

Syrien

Von den 20.960.588 Einwohnern Syriens sind seit Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 mehr als 3 Mio. ins Ausland geflüchtet. Mehr als 9 Millionen Menschen sind innerhalb Syriens auf der Flucht. Die UNO bezeichnete die Flüchtlingskrise als die schlimmste seit dem Völkermord in Ruanda in den 1990er Jahren.

Auslöser war ein friedlicher Protest gegen die Regierung Baschar al-Assads im Zuge des Arabischen Frühlings 2011, der zum bewaffneten Konflikt eskaliert ist. Die ursprüngliche Motivation der Opposition, die Demokratisierung Syriens zu erreichen, spielte nur noch eine geringe Rolle, seit eine wachsende Einflussnahme von Interessengruppen aus dem Ausland an Bedeutung gewann. Neben dem Zustrom von Geld und Waffen kämpften auch immer mehr ausländische Freiwillige und Söldner in Syrien. Nur noch kaum die Hälfte des Landes befand sich Ende 2014 unter der Kontrolle syrischer Regierungstruppen, gut ein Drittel ist von der Terrororganisation Islamischer Staat und islamistischen Milizen besetzt. Der Rest wird von sonstigen Rebellen – unter anderem der Freien Syrischen Armee (FSA) – und kurdischen Milizen kontrolliert. Die Vereinten Nationen geben an, dass vom März 2011 bis April 2014 191.396 Menschen getötet wurden.

Nach einem Bericht von Human Rights Watch 2012 begeht die syrische Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit, indem sie systematisch foltert. Die Folterzentralen unterstehen dem Militärgeheimdienst, dem Luftwaffengeheimdienst, dem Direktorat für politische Sicherheit und dem allgemeinen Geheimdienst. Amnesty International dokumentierte während des Bürgerkrieges in Syrien zahlreiche außergerichtliche Massenhinrichtungen von Zivilisten. Die UN verlangt die Verfolgung dieser Verbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof.

Syrien ist mit rund 185.000 Quadratkilometern ungefähr halb so groß wie Deutschland. Es grenzt im Süden an Israel und Jordanien, im Westen an den Libanon und das Mittelmeer, im Norden an die Türkei und im Osten an den Irak. Die Hauptstadt ist Damaskus, weitere große Städte sind Aleppo, Homs, Latakia und Hama.

Die Bevölkerung Syriens setzt sich ethnisch aus syrischen Arabern, Kurden, Sprechern des Aramäischen, Turkmenen und Palästinensern zusammen. Diese verteilen sich auf verschiedene Religionsgemeinschaften, unter denen die Sunniten mit über 70 % Anteil an der Bevölkerung die zahlenmäßig stärkste sind. Zu den religiösen Minderheiten des Landes gehören die Alawiten, Christen, die Drusen und die Schiiten.

Syrien ist offiziell ein Einheitsstaat mit semipräsidentiellem Regierungssystem, de facto trägt die syrische Regierung Züge einer Diktatur: Es handelt es sich um ein Einparteiensystem, da die Baath-Partei das gesamte politische System des Landes dominiert. Parteien, welche eine ethnische Minderheit oder eine religiöse Gruppe repräsentieren, sind verboten. So wurden zahlreiche führende Mitglieder der kleinen Demokratischen Partei Kurdistan-Syrien, welche die kurdische Minderheit repräsentiert, in den 1960er Jahren getötet.

Staatsoberhaupt, Inhaber der Exekutivgewalt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattete Präsident, der muslimischen Glaubens sein muss. Damit nach dem Tod des langjährigen Präsidenten Hafiz al-Assad sein Sohn Baschar die politische Führung übernehmen konnte, wurde das Mindestalter von 40 auf 34 Jahre gesenkt. Syrien hat traditionell enge Kontakte zur Hamas, zur Hisbollah sowie zur Amal-Bewegung und spielt deshalb aus Sicht des Westens eine strategische Rolle als Vermittler in der Region.

Syrien war bis 1918 Teil des Osmanischen Reichs. Im Ersten Weltkrieg beteiligten sich die arabischen Länder auf der Seite der Entente gegen die Türkei, da ihnen die Briten alle Gebiete, die sie befreien halfen, zugesichert hatten. Das erhoffte Königreich »Großsyrien« scheiterte jedoch an Frankreich, das das Völkerbundmandat für Syrien und Libanon erhielt. Während des Zweiten Weltkriegs war Syrien von den Alliierten besetzt. Frankreich konnte seine Herrschaft in Syrien aufrecht erhalten, bis am 17. April 1946 die Syrische Republik ausgerufen wurde. Die Geschichte Syriens nach dem Zweiten Weltkrieg stand im Zeichen des arabisch-israelischen Konfliktes: 1949, unmittelbar nachdem der Staat Israel auf Beschluss der UNO gegründet worden war, nahm Syrien Teil am Überfall auf Israel, dem sogenannten Palästina-Krieg, der mit einer schweren Niederlage der arabischen Allianzstreitkräfte endete. Seit einem Staatsstreich 1963 regiert die Baath-Partei das Land, der syrische Ableger der gesamtarabischen Baath-Partei, deren Politik auf ein regionalistisches Großsyrien ausgerichtet ist.

Von 1960 bis 2010 wuchs die Bevölkerung Syriens von 4,5 Millionen Menschen auf etwa 22,5 Millionen an. Mit dem Wegbrechen der ausländischen Unterstützung und dem Verfall des Ölpreises in den 1980er Jahren übertraf das Bevölkerungswachstum das der stagnierenden Wirtschaft deutlich. Verschärft wurde die Krise durch das hohe Militärbudget der syrischen Regierung. Hohe Arbeitslosenzahlen und massive Inflation waren die Folgen. Nach dem Tod des Präsidenten Hafiz al-Assad im Jahr 2000 versuchte sein Sohn und Nachfolger Wirtschaftsreformen umzusetzen, ohne jedoch demokratische Reformen zuzulassen. Bei den unter 30-Jährigen stiegen die Arbeitslosenzahlen auf bis zu 50 %. Missernten und Wassermangel, ausgelöst durch die globale Erderwärmung verschärften die Krisensituation. Die syrische Regierung reagierte nicht ausreichend, um die Not der betroffenen Menschen zu lindern. Die Folge waren zusätzliche Arbeitslosigkeit, Ernährungsunsicherheit und Landflucht von bis zu 1,5 Mio. Menschen.

Kurdistan

Die Kurden, deren Sprache zu den indogermanischen gehört, sind ein Volk von etwa 30 Millionen Menschen ohne eigenen Staat. Das nicht genau begrenzte Hauptsiedlungsgebiet der westasiatischen Ethnie wird als Kurdistan bezeichnet und umfasst je nach Definition 440.000 bis 530.000 km². Kurden leben auf dem Territorium der Türkei (ca. 15 Millionen), im nördlichen Irak, im nordwestlichen Iran und in Syrien.

Insbesondere im Süden der Türkei und im nördlichen Irak gibt es schon seit Jahrzehnten Bestrebungen zur Gründung eines eigenen Kurdenstaates. Die Zerfallstendenzen im Irak (2014) und der Bürgerkrieg in Syrien (seit 2011) haben diesen »Jahrhunderttraum« nun in greifbare Nähe gerückt.

Die wichtigsten kurdischen Organisationen sind der aus 15 Parteien bestehende Kurdische Nationalrat sowie die PYD, die seit Juli 2012 sie im Hohen Kurdischen Komitee zusammenarbeiten. Die PYD (Partiya Yekittiya Demokrat, dt. »Partei der Demokratischen Union«) ist eine kurdische Partei in Syrien, die im Jahre 2003 gegründet wurde und Mitglied ist in der syrischen Oppositionsgruppe »Nationales Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel«. Ihr Hauptanliegen ist die Lösung der Kurdenfrage, ihre Hauptforderungen sind laut Parteiprogramm die Achtung der Menschenrechte, Freilassung politischer Gefangener, Meinungsfreiheit und die Abschaffung der Todesstrafe. Die PYD und andere kurdische Parteien unterhalten bewaffnete Einheiten, die in den von Kurden bewohnten Regionen aktiv sind.

Die Lage der in Syrien lebenden Kurden

Syrien wird überwiegend von Arabern bewohnt. Mit etwa zwei Millionen Menschen bilden die Kurden rund 10 Prozent der Gesamtbevölkerung und die größte ethnische Minderheit des Landes. Sie leben hauptsächlich nordwestlich von Aleppo und im Norden der Provinz al-Hassak. Die Lage der in Syrien lebenden Kurden ist beispielhaft für die Unterdrückung aller nichtarabischen Völker und religiöser Minderheiten.

Eines der frühen Zeugnisse der Gewalt gegen die Kurden ist ein Vorfall, bei dem 1957 zweihundertfünfzig kurdische Kinder in einem Kino in Amuda, das vorsätzlich angezündet worden war, starben.

1962 führte die syrische Regierung eine außerordentliche Volkszählung in der Provinz al-Hassak durch, in deren Folge 120.000 Kurden die syrische Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Inzwischen ist der betroffene Personenkreis auf etwa 300.000 angestiegen. Der Entzug der staatsbürgerlichen Rechte hat weitreichende Folgen für die Menschen, denen sie verwehrt werden. So haben die Staatenlosen beispielsweise kein Recht auf Eigentum, keinen Zugang zu Bildung, kein Recht, zivile Ehen zu schließen, kein Recht (aktiv oder passiv) an Wahlen teilzunehmen und kein Recht auf staatliche Anstellung.

Seit der Machtübernahme der Baath Partei im Jahre 1963 werden die in Syrien lebenden Kurden massiv unterdrückt und systematisch in ihren Menschenrechten verletzt. Willkürliche Verhaftungen, Folter, das Verschwindenlassen und die Ermordung unliebsamer Personen sind an der Tagesordnung. Von offizieller Seite wurde die Existenz der Kurden Jahrzehnte lang geleugnet. Da die syrische Verfassung ethnische und religiöse Parteien nicht zulässt, sind kurdische Parteien de facto verboten. Die Kurden verfügen daher über keinerlei legale politische Vertretung.

Das Jahr 1965 bildete den Auftakt für die rassistisch motivierte und bis heute andauernde Arabisierungspolitik. Ziel des Vorhabens ist es, die demographischen Verhältnisse im Norden des Landes umzukehren. Aus der kurdischen Mehrheit in dem Gebiet soll eine Minderheit gemacht werden. 1973 begann die planmäßige und gezielte Ansiedlung von beduinischen Arabern in den kurdischen Gebieten. Bis heute wurden bereits über 50 arabische Siedlungen in diesen Landesteilen errichtet. Die kurdischen Landbesitzer – häufig Menschen, die von der Landwirtschaft leben – werden hierbei meist entschädigungslos enteignet. Sie leben völlig verarmt am Rande der Ballungsgebiete und Großstädte. Die Arabisierungspolitik verfolgt die Auslöschung der nationalen und kulturellen Identität der Kurden. So wurden die historischen kurdischen Namen und Bezeichnungen von Städten, Dörfern, Bergen, Tälern und Landschaften durch arabische Namen ausgetauscht. Die kurdische Sprache ist verboten. Ihr öffentlicher Gebrauch, der Besitz von kurdischer Literatur und Medien jeglicher Art werden hart bestraft. Bis heute wird die Registrierung kurdischer Namen häufig abgelehnt. Offiziell erging 1992 ein Erlass des Innenministeriums, der verbietet, Kindern kurdische Namen zu geben. Durch das Sprachverbot ist die Zahl der Analphabeten unter den Kurden gestiegen. Viele Menschen, die die arabische Sprache nicht beherrschen, haben keinerlei Zugang zu Bildung, weil das Arabische die einzig zugelassene Lehrsprache ist. Der Unterricht in kurdischer Sprache und die Ausübung kurdischer Kultur und Folklore sind verboten. Ganz offensichtlich versucht man, das historische und kulturelle Erbe der Kurden – ihre Identität – auszulöschen.

Mit dem Erlass 49. der syrischen Regierung von 2009 ist es Menschen ohne syrische Staatsangehörigkeit nicht mehr erlaubt, im privaten Sektor zu arbeiten. Wer den Erlass verletzt, kann zu einer Geldstrafe in Höhe von 100.000 syrischen Pfund (1609 Euro) oder zu einer Gefängnisstrafe von sechs bis 12 Monaten verurteilt werden. Der betroffene Personenkreis ist völlig entrechtet, hat keinen Zugang zu Bildung und ist somit nachhaltig zu Arbeitslosigkeit verdammt. Unter diesen Umständen ist ein menschenwürdiges Leben ausgeschlossen. Viele syrische Kurden fliehen daher ins Ausland.

Der Flüchtling als zentrale Gestalt unserer Zeit

»Wenn Flüchtlinge ein solch beunruhigendes Moment in der Ordnung des Nationalstaats darstellen, so in erster Linie deshalb, weil sie, indem sie die Identität von Mensch und Bürger und damit von Abstammung und Nationalität beschädigen, den Ursprungsmythos der Souveränität in Frage stellen. Einzelne Ausnahmen dieses Prinzips kannte man freilich immer. Neu in der heutigen Zeit, und damit eine Bedrohung des Nationalstaats in seinen Grundfesten, ist es hingegen, dass eine größer werdende Zahl Menschen nicht länger in der Nation repräsentiert (und repräsentierbar) ist. Da und insofern dies die alte Dreieinigkeit Staat-Nation-Territorium aus den Angeln hebt, muss der Flüchtling, jene scheinbar marginale Gestalt, als zentrale Figur unserer politischen Geschichte erachtet werden.«

Giorgio Agamben

Regieteam



Julia Roesler (Regie), geboren 1978 in Göttingen, studierte Kulturwissenschaften und Ästhetische Praxis in Hildesheim, Gaststudien in Freiburg und Argentinien. Seit ihrem Diplom arbeitet sie als freischaffende Regisseurin und Theaterpädagogin. Sie ist Gründungsmitglied des freien Theaters werkgruppe2 und führte dort Regie bei allen Produktionen. Für die Inszenierung »Polnische Perlen« wurde sie in der Kritiker-Umfrage von »Theater heute« 2014 zweimal als beste Nachwuchsregisseurin nominiert. An der HBK Braunschweig arbeitet sie regelmäßig als Lehrbeauftragte.



Insa Rudolph (Musikalische Leitung), geboren 1978 in Göttingen, studierte Jazz-Gesang am Conservatorium van Amsterdam. Seit ihrem Diplom arbeitet sie als freischaffende Sängerin und Komponistin. Für die Produktion ihres Solo-Albums erhielt sie 2009 ein Arbeitsstipendium des Landes Niedersachsen. Sie ist Lehrbeauftragte an den Kunsthochschulen in Osnabrück und Braunschweig. Neben den Theatermusiken, komponiert sie regelmäßig Filmmusik. Sie ist Gründungsmitglied der werkgruppe2 und arbeitet dort als Komponistin, Musikalische Leiterin und Bühnenmusikerin.



Silke Merzhäuser (Dramaturgie), geboren 1972 in Siegen, studierte Politische Wissenschaft, Literaturwissenschaft und Sozialpsychologie an der Universität Hannover. Seit 2000 arbeitete sie zunächst Dramaturgie-Assistentin am Schauspielhannover und am Theater Basel, im Anschluss als Dramaturgin am Luzerner Theater und am Deutschen Theater in Göttingen; dort betreute sie vor allem interdisziplinäre Projekte und Theaterproduktionen, wie FRIEDLAND mit der werkgruppe2. Seit 2009 arbeitet sie ausschließlich als Dramaturgin der werkgruppe2, als Kuratorin und als Lehrbeauftragte der HBK Braunschweig.



Thomas Rump (Bühne), geboren 1971, studierte Creative Arts studies am Sion Hill College in Bath (England) sowie Kulturwissenschaften in Hildesheim, anschließend Szenenbild an der Hochschule für Fernsehen und Film in München. Er arbeitet seit 1999 als Bühnen- und Kostümbildner u. a. an den Theatern in Saarbrücken, Hildesheim, Freiburg, Krefeld und Mönchengladbach, am Staatstheater Stuttgart, Hamburger Schauspielhaus und Deutschem Theater Berlin sowie für Film, Fernsehen und Figurentheater. Für werkgruppe2 hat er in der vergangenen Spielzeit die Produktion »Blankenburg« am Oldenburgischen Theater ausgestattet.



Julia Schiller (Kostüme) geboren in Göttingen, studierte Bühnen- und Kostümbild am Mozarteum in Salzburg bei Herbert Kapplmüller. Danach arbeitete sie als Ausstattungsassistentin am Grillo Theater in Essen, dem Hans Otto Theater in Potsdam und den Bregenzer Festspielen. Seit 2002 ist sie als freischaffende Bühnen- und Kostümbildnerin für Theater und Film tätig, u. a. am Theater Dortmund, Jungen Ensemble in Stuttgart, dem Deutschen Theater in Göttingen sowie für das Staatstheater Kassel, das Theater Oberhausen, das Theater Konstanz und das Staatstheater Cottbus. Sie realisierte außerdem Kostümbilder für Filmproduktionen (u. a. 2012 für »Muster« von Clemens von Wedemeyer für die documenta 13) und arbeitet regelmäßig mit werkgruppe2.



Christine Besier (Dramaturgie) hat nach dem Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und evangelischen Theologie ihre Theaterarbeit als Regieassistentin am Schauspiel Frankfurt begonnen, bevor sie in die Dramaturgie wechselte. Engagements führten sie an die Landesbühne Niedersachsen Nord, an das Theater Lübeck, das Nationaltheater Mannheim, an die Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin, ans Düsseldorfer Schauspielhaus und ans Schauspielhaus Zürich. Sie arbeitete u. a. mit den Regisseuren Jasmine Hoch, Werner Schröter, Barbara Frey, Amélie Niermeyer, Rafael Sanchez, Jürgen Gosch, Daniela Löffner und Stephan Rottkamp. Seit der Spielzeit 2010/2011 ist sie als Schauspiel-dramaturgin am Staatstheater Braunschweig engagiert.

Ensemble



Imme Beccard studierte Angewandte Kulturwissenschaften und Ästhetische Praxis an der Universität Hildesheim und absolvierte parallel zwei Jahre Schauspielunterricht und Szenenstudium bei Walter Zibell. Schauspielstipendien an der Hoogeschool voor de Kunsten in Utrecht (NL), Neuen Universität Sofia (BG) und an der Universität Aarhus (DK). Sie arbeitete einige Jahre in der freien Theaterszene mit dem Theater M21 (ehemals Theater Mahagoni) und war 2007 bis 2014 Ensemblemitglied am Deutschen Theater in Göttingen. Hier stand sie zuletzt in den Produktionen »Demian«, »Die Verwandlung«, »Faserland« und »Ich habe Bryan Adams geschreddert« auf der Bühne. Nach »Rotlicht« am Deutschen Theater Göttingen und »Blankenburg« am Staatstheater Oldenburg ist »Fliehen & Forschen« ihre dritte Zusammenarbeit mit werkgruppe2.



Ursula Hobmair, geboren 1987 in München, studierte von 2008 bis 2012 Schauspiel an der Universität der Künste Berlin. Seit der Spielzeit 2012/2013 ist sie festes Ensemblemitglied am Staatstheater Braunschweig. Hier spielte sie in Franz Kafkas »Amerika«, in Elfriede Jelineks »Die Kontrakte des Kaufmanns«, in »Treulose (Trolösa)« nach dem Drehbuch von Ingmar Bergmann, die Miranda in »Der Sturm« von William Shakespeare sowie in der Deutschen Erstaufführung von »Apathisch für Anfänger«. Weiterhin zu sehen, ist sie in der Titelrolle in Lessings »Emilia Galotti«, in der Komödie »Der nackte Wahnsinn« sowie in Daniela Löffners Inszenierung von George Taboris »Mein Kampf«.



Sven Hönig, Jahrgang 1977, studierte an der Ernst-Busch Hochschule für Schauspielkunst in Berlin. Seit der Spielzeit 2010/2011 ist er am Staatstheater Braunschweig engagiert und spielte u.a. die Titelfigur in »Liliom«, in »Prinz Friedrich von Homburg« sowie Hjalmar Ekdal in Ibsens »Die Wildente«. Weiterhin ist er in Max Frischs Romanbearbeitung »Homo faber« von Anna Bergamnn und in Daniela Löffners Inszenierung »Mein Kampf« zu sehen. Mit werkgruppe2 hat er in der deutsch-rumänischen Koproduktion Erdbeerwaisen zusammengearbeitet, die im vergangenen Oktober in Braunschweig Premiere hatte. Er war Mitglied der international tourenden Theatercompagnie fliegende fische und arbeitet darüber hinaus regelmässig für Kino und TV.



Tilla Kratochwil wurde 1974 in Zittau geboren und ist in Berlin aufgewachsen. Von 1995 bis 1999 studierte sie an der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« Berlin. Danach war sie drei Jahre Ensemblemitglied am Theaterhaus Jena. Seit 2002 ist Tilla Kratochwil freischaffend in Berlin, am Schauspiel Leipzig, Dresden, Hamburg, Frankfurt, Göttingen, Theater Freiburg und am Schauspiel Köln tätig. Zudem arbeitete sie für Film, Funk und Fernsehen.



Mattias Schamberger ist Absolvent des Max-Reinhardt-Seminars in Wien. Sein Erstengagement führte ihn an die Bühnen der Stadt Bielefeld. Seit 1999 gehört er zum Ensemble des Braunschweiger Staatstheaters. Zur Zeit ist er in Lutz Hübners Erfolgskomödie »Frau Müller muss weg«, als Inspizienten Tim Allgood in Michael Frayns Komödie »Der nackte Wahnsinn« und ist im Live-Hörspiel »Faust on Air« zu erleben. Mit werkgruppe2 hat Mattias Schamberger bereits in der vergangenen Spielzeit in »Polnische Perlen« zusammengearbeitet.



Christophe Vetter, 1990 in München geboren, hat 2014 sein Schauspielstudium an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch Berlin abgeschlossen. Beim 42. Bundeswettbewerb Gesang, dem größten nationalen Gesangswettbewerb Europas, konnte Christophe Vetter den Hauptwettbewerb im Fach Chanson für sich entscheiden. Bereits während des Studiums war er engagiert am Maxim Gorki Theater und an der Schaubühne am Lehniner Platz, wo er in der Regie von Peter Kleinert den Roux in Peter Weiss' »Marat/Sade« spielte. Am Ballhaus Ost war er in »Titus« nach Shakespeares »Titus Andronicus« in der Regie von Lucia Bihler zu sehen. Seit der Spielzeit 2014/2015 gehört er fest zum Ensemble des Staatstheaters Braunschweig.

Musik



Antonis Anissegos (Klavier), geboren 1970 in Thessaloniki, lebt als Komponist, Pianist, Improvisator und elektronischer Musiker seit 1998 in Berlin. 1991 erhielt er das Klavierdiplom vom Staatlichen Konservatorium Thessaloniki. Anschließend studierte er in Budapest, Wien und Köln. Er ist Mitglied verschiedener Projekte, wie Ensemble European Music Project, Ensemble Junge Musik, das Geschwistertrio IAMA, die Gruppen Lynx, Grix, KAYA (mit der Butoh-tänzerin Yuko Kaseki), ΣΩMA, ddaA, Card Castle, best before unu und oneone. Er ist beteiligt an mehr als 40 CD-Veröffentlichungen.



Kim Efert (Gitarre) absolvierte das Studium für Jazzgitarre und Instrumentalpädagogik an der Musikhochschule Köln. Seine aktuellen Projekte sind das Jazz-Weltmusik-Quartett East Affair und das Trio Kim3. Regelmäßig tourt er international mit verschiedenen Musikern wie Carlos del Junco, dem Musik-Kabarett-Act Annamateur, Arve Henriksen, Bob Mintzer, Bill Ramsey, Claudio Puntin, Samuel Rohrer, Michael Küttner, Mike Herting sowie Größen aus der Popmusik wie Clueso, Dieter Falk, Fools Garden und Annett Louisan. Daneben wirkt er bei Musik- und Hörspielproduktionen mit, wie z. B. das Hörbuch »Die Vermessung der Welt« von Daniel Kehlmann. Efert war bei verschiedenen Theaterproduktionen beteiligt, u. a. »Parsifal« von De Troyes (Regie: Tom Kühnel, 2008) am Schauspielhaus in Köln und »Maß für Maß« von Shakespeare (Regie: Thomas Ostermeier, 2011) an der Schaubühne in Berlin. Mit werkgruppe2 hat er an deren Produktion Ich und der Esel und Erdbeerwaisen zusammengearbeitet. Seit 2014 hat er einen Lehrauftrag für Jazzgitarre an der Hochschule für Musik in Detmold.

Philip Zoubek (Klavier), geboren 1978 in Tulln (Niederösterreich), lebt und arbeitet als Pianist und Komponist in Köln. Er studierte Jazz-Klavier und Komposition am Konservatorium der Stadt Wien, an der Wiener Musikhochschule und an der Musikhochschule in Köln. Er arbeitete zusammen mit Frank Gratkowski, Wilbert de Joode, Thomas Lehn, Clayton Thomas, Paul Lytton und vielen anderen. Konzertreisen führten ihn u.a. ans Konzerthaus Wien, an die Philharmonie Luxemburg, zum Moersfestival, dem Musikfestival Ulrichsberger Kaleidophon und dem GettLouder Festival in Shanghai und Beijing.

Textnachweise

Seite Kermani-Rede, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-127194990.html>

Liberaler Rassismus, von Caroline Emcke, aus: Weil es sagbar ist. Über Zeugenschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt/ Main 2014

Hannah Arendt (1943), aus: Hannah Arendt: Zur Zeit. Politische Essays, Hg. Marie Luise Knott, Hamburg 1999

Ein Europa ohne Humanität ist kein Europa, von Heribert Prantl, aus: Böll.Thema »Niemand flieht ohne Grund«, S. 40, 3/2014

Klar, einfach und widerspruchsfrei, von Charlotte Wiedemann, aus: Böll.Thema »Niemand flieht ohne Grund«, S. 38/39, 3/2014

Die Texte wurden teilweise in sich gekürzt und mit neuen Überschriften versehen.

Bildnachweise

Probenfotos vom 14.3.2014 **Volker Beinhorn**

Porträts S. 52 – 57 **Volker Beinhorn**

Bühnenbilddetails & Requisiten S. 10, 13, 17, 23, 40, 51, 58 **Silke Merzhäuser**

Ensembleporträts **Volker Beinhorn, Nina Stiller**

Franziska Roloff **Dietmar Spolert**

Regieteam **Volker Beinhorn, Karl-Bernd Karwasz**

Julia Roesler **Isabel Winarsch**

Dorothea Hoffmann **Mo Lensing**

Silke Merzhäuser **Dorothea Hoffmann**

Probenfotos vom 14.3.2014 **Volker Beinhorn**

Das Staatstheater Braunschweig ist eine Einrichtung des Landes Niedersachsen



Niedersachsen

Das Staatstheater Braunschweig wird gefördert von der Stadt Braunschweig



Braunschweig

Das Staatstheater Braunschweig ist Mitglied der European Theatre Convention



Kulturpartner

NDRkultur

Das Staatstheater Braunschweig ist Mitglied von Opera Europa



Impressum

Herausgeber **Staatstheater Braunschweig, Am Theater, 38100 Braunschweig**

Generalintendant **Joachim Klement** Verwaltungsdirektorin **Claudia Schmitz**

Redaktion **Christine Besier, Silke Merzhäuser**

Konzept **Heinrich Kreyenberg**

Gestaltung, Satz **Christina Wildgrube**

Druck **oeding print GmbH, Braunschweig**

Spielzeit **2014 / 2015** Änderungen vorbehalten.